

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. K. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementsspreis bei der Post 80 P., in Partieen direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 27. Juni 1896.

Inscreire die viergesparte Zeitzeile oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die schweizerische Fabrik-Inspektion in den Jahren 1894/95. — Ein internationales Amt für den Arbeiterschutz. — Arbeiterwohnungen. — Politik und Gewerkschaften. — Teileton: Eine Wanderung durch die Berliner Gewerbe-Ausstellung. V. — An die deutschen Metallarbeiter. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen — Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter: Bericht über die Bamberger Generalversammlung. Abrechnung der Hauptkasse pro Mai 1896. Bekanntmachung der Revisionskommission. — Aufruf an die Metallarbeiter Thüringens. — An die Schläger Deutschlands. — Abrechnung vom Streik der Schlosser und Dreher in Lübeck. — Technisches. — Gerichtszeitung. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Bezug ist fernzuhalten: Von Schlossern nach Aschaffenburg (Herdfabrik Kolosens) und Neustadt in Wiedenb.; von Feilenhauern (auch Maschinenbauern) nach Magdeburg-Buckau (O. N. Schmidt), Willingen, Mülhausen i. Els. und Holte bei Bielefeld (Artois); von Formern nach München (Vandes), Nürnberg und Duggersheim; von Gelbgiefern, Drehern und Gürtlern nach Hamburg (Fleiß Söhne); von Klempnern u. Schlossern nach Bauzen (Emailtwerk von Blechschmied & Stelzer); von Klempnern nach Leipzig und München; von Bauschlossern und Schmieden nach Mannheim; von Metalldrückern nach Quedlinburg (Gebr. Arndt); von Schmieden nach Freiburg i. Br.; von Silber- u. Aluminiumschlägern nach Fürth und Schwabach; von Metallschlägern nach Dresden und Großkönnau; von Bauschlossern nach Konstanz (Herd- und Stoffenfabrik Bammann & Bauges in Kreuzlingen und Galles in Emishofen); von Drehern, Formern, Tischlern und Lackirern nach Bielefeld (Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik); von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin; von Schlossern, Drehern, Formern, Schmieden und Kesselschmieden nach Schweinfurt.

Die schweiz. Fabrikinspektion in den Jahren 1894/95.

Die immer für zwei Jahre erscheinenden Umtsberichte der schweizerischen Fabrikinspektoren über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze enthalten immer wertvolles sozialpolitisches Material und sie bilden auch sonst eine angenehme, erfrischende Lektüre wegen der offenen, rücksichtslosen und ungeläufigsten Sprache, die da geführt wird.

Das Personal der schweizerischen Fabrikinspektion, die in drei Kreise eingeteilt ist, besteht aus den drei Inspectoren und sechs Beamten, zusammen also aus neun Personen. Im Jahre 1895 erforderten ihre Besoldung, Reisespesen, Büroaufosten und Unfallversicherung insgesamt 59 797 Franken. Einen Chefinspektor gibt es nicht, allein Dr. Schuler als Senior, der seit 1878 amtieret und nachgerade als

Autorität gilt, übt wohl einen leitenden Einfluß aus.

Einleitend verbreitet sich Dr. Schuler in seinem Berichte über den in den letzten Jahren in maßgebenden amtlichen Kreisen ausgesprochenen Wunsch, den Fabrikinspektoren nach englischem Muster für jeden Umtsbericht Thenuata zu ganz spezieller Bearbeitung aufzugeben. „Glücklicher Weise hat man den Gedanken wieder fallen lassen, dessen Realisierung kaum zu einem besseren Resultat geführt hätte, als die volle Freiheit, die uns jetzt gelassen ist. Ein Thema, zu dessen Behandlung uns nicht unsere Erfahrungen und Wahrnehmungen sonst schon anregen, zu dessen Besprechung vielleicht dem einen oder anderen Inspektor alle materielle Grundlage gefehlt hätte, würde leicht zu einer wertlosen Phrasenmacherei geführt haben.“ Es wird dann auf die bisherigen Umtsberichte verwiesen, sowie auf eine Reihe erstellter Spezialarbeiten, welche darthun, daß die Fabrikinspektoren Gegenstände, die ihnen besonders interessant erscheinen, auch ohne allen Anstoß von außen einem einfaßlichen Studium unterziehen.

In den Berichten sind wieder recht reichlich die über den Stand der Industrie gegebenen statistischen Übersichten. So waren Ende 1895 dem Fabrikgesetz unterstellt 4951 Etablissements mit 200 768 Arbeitern gegen 4783 Etablissements mit 190 402 Arbeitern Ende 1893; der Zuwachs in den letzten zwei Jahren beträgt 168 Etablissements und 10 366 Arbeiter, ein jedenfalls nicht unbedeutender industrieller Fortschritt. Die Metallindustrie umfaßte Ende 1895 231 Etablissements und 9996 Arbeiter, die Maschinenindustrie 394 Etablissements und 23 897 Arbeiter. Dr. Schuler bemerkt zu diesen statistischen Angaben, daß nun entstandenen Industriezweigen die Vermehrung nur in sehr geringem Maße zu verdaulichen ist. Es ist von solchen blos etwa die Fabrikation künstlicher Seide, von Holzrouleaux, von Werkwaren, die Herstellung künstlicher Baumsteine unter Anwendung von Dampf, die Fabrikation von Torfstreu und von Glaswaren für chemische Zwecke zu nennen. Etwas mehr röhrt der Zuwachs von der Unterstellung zahlreicher kleiner, beim Handwerk nahestehender Geschäfte unter das Fabrikgesetz her und an allermeisten ist er durch den enormen Aufschwung einzelner Industrien verursacht. Revisionen wurden in der zweijährigen Berichtsperiode 10 925 ausgeführt und jeder Betrieb einmal im Jahre, zahlreiche Betriebe aber auch zweimal und mehrmals besucht.

Über die Geschäftslage der Maschinenindustrie im 1. Kreise (umfaßt die Kantone Zürich, St. Gallen, Uri, Schwyz, Ober- und Unterwalden, Glarus, Zug und Graubünden) sagt Dr. Schuler: „Die Maschinenindustrie gewinnt mit jedem Jahr an Bedeutung, erweitert ihr Absatzgebiet, erwirkt sich den Ruf exzellenter Arbeit und trägt dabei große Sorge, sich einen Stamm recht tüchtiger und möglichst gebildeter Arbeiter zu sichern,

Ihre Löhne sind, wenigstens für die bessern Arbeiter, etwas gestiegen“ — aber natürlich nicht überall und nicht immer in Folge erhöhter Aussage, sondern vermehrter Überanstrengung, fügen wir hinzu. Nehmlich, wie Dr. Schuler, berichten auch die anderen Inspectoren.

In Bezug auf die Beschaffenheit der Arbeitsräume wird manche Verbesserung, mancher Fortschritt konstatiert; daneben sind aber auch noch zahlreiche, mehr oder weniger bedeutende Mißstände angetroffen worden. Sehr ungleich, berichtet Dr. Schuler, sieht es mit der Staubabsaugung in den Gußpulveren aus, unter deren gefährlichen Staub so viele jugendliche Individuen leiden. Als Muster einer vorzüglichen Staubabsaugung sei hier auf die von Brüder Sulzer in Winterthur aufmerksam gemacht, deren Besichtigung wohl gerne gestattet wird. In einem Kanal von 2 : 2 Meter Querschnitt münden von jeder Gußpulstelle und jeder viel Staub erzeugenden Maschine her Seitenkanäle ein, durch welche die Abgänge in den Hauptkanal herunter befördert werden und zugleich aller Staub abgesogen wird. Ein 12pferdiger Ventilator dient zur Entstaubung. — Mehrere andere große mechanische Werkstätten haben ähnliche Vorrichtungen zur Staubbeseitigung zugesagt und nur an einem Ort fehlt man den Anforderungen des Aufsichtsbeamten hartnäckigen Widerstand entgegen, bis polizeilich interveniert wurde.

Bedeutende Mißstände bezüglich der Staubentwicklung und Belästigung der Arbeiter wurden auch in den Zementfabriken festgestellt, für die Dr. Schuler Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erlass eines Umtsbeschlusses für sofortige Errichtung der erforderlichen Vorkehrten in Aussicht stellt.

Bemerkenswerth ist, daß sich zur künstlichen Beleuchtung der Arbeitsräume immer mehr das elektrische Licht Bahn bricht und wo es einmal eingeführt ist, möchte man es nicht mehr entbehren.

Ausnahmsweise findet man etwa in einem Arbeitsraume auch Gasglühlicht nach System Auer in Verwendung. Als Gegensatz hierzu meldet Inspektor Staufenbach in Schaffhausen, daß eine Wollspinnerei im Kanton Bern ihre Räumlichkeiten noch mit uraltcn Delampeln beleuchtet hat; „troß allem“ Meßest vor deren ehrfürdigem Alter mußte aber auf Erlass durch zweckmäßige Apparate gedrungen werden.“

Die Zahl der Unfälle in den Fabrik- und Handelsbetrieben betrug während der zwei Jahre 1893/94 insgesamt 28 640 gegen 26 085 in den Jahren 1891/92. In der Metall- und Maschinenindustrie haben die Unfälle abgenommen. In einzelnen Betrieben war, nach dem Schuler'schen Bericht, der Zusammenhang dieser Ersehnung mit der Verbesserung der Lokalitäten handgreiflich. Die Augenverletzungen machen 10 Prozent der sämtlichen Unfälle aus. Sehr häufig sind auch die Verlegungen an den Dreihänden. Unter diesen finden sich jedes

Jahr mehrere, die durch Verdecke über die Wechseltreiber oder das Räderwerk seitlich an der Drehbank mit Leichtigkeit hätten verhütet werden können. Das Gleiche gilt von den Bohrmaschinen, deren fast ausnahmslos vorhandene Verdecke von den Arbeitern so oft beseitigt werden. Ungefähr zwei Drittel aller Unfälle der mechanischen Werkstätten, fast drei Fünftel von denen der ganzen Fabrikindustrie, sind durch Fall schwerer Gegenstände, Stoß, Schlag, Schneiden, Schärfen, Splitter, durch Ausglitschen und Fallen, sowie durch Überanstrengung erzeugt worden. Durch Schutzvorrichtungen hätte der kleinste Theil vermieden werden können.

Ein heiles Kapitel ist noch immer das der Schutzvorrichtungen zur Unfallverhütung. Einmal ist es nicht immer leicht, die Maschinenkonstrukteure für deren Einführung zu interessieren und zu gewinnen, sodann betrachten sie die Unternehmer vielfach mit gleichgültigen Augen und endlich fehlt auch den Arbeitern nicht selten das Verständniß dafür, was besonders in den Holzbearbeitungswerkstätten beobachtet wird. Es wäre vielleicht empfehlenswerth, wenn sich mit diesem Kapitel auch die Gewerkschaften dann und wann beschäftigen und Beschreibung und Aufklärung durch sachverständige Vorträge bieten würden.

Bemerkenswerth ist, daß Dr. Schuler und Staufenbach von 9 Fällen der Phosphornekrose berichten, die bei zwei Erkrankten zum Tode führte. Im vorigen Jahre hat die Mehrheit der stimmberechtigten Bürger das Gesetz, welches die Bündholzchenindustrie staatlich monopolistisch wollte, nur durch andere Fabrikation die schreckliche Phosphornekrose aus der Welt zu schaffen, verworfen, und nun dauert das wirtschaftliche und körperliche Elend der armen Bündholzarbeiter ungeschwächt fort. Diejenigen, welche das Gesetz verworfen haben, dürfen keine Ursache haben, sich ihrer Heldenthat zu freuen.

In dem Abschnitt Fabriklisten, Fabrikordnungen, Lohnzahllung, Arbeitszeit wird noch von zahlreichen Mißständen und Unzulänglichkeiten berichtet. Die Listen werden noch immer vielfach nicht vorschriftsgemäß geführt. Dem Berichte ist eine Muster-Fabrikordnung im Anhang beigegeben, in welcher u. a. auf Bußen verichtet wird und jede Verletzung der Fabrikordnung eine Verwarnung nach sich zieht, in schweren und wiederholten Fällen Kündigung und Entlassung. Vor der Genehmigung durch die Regierung muß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, sich über die Fabrikordnung zu informieren. Diese ist dann, von der Benützung der Arbeiter begleitet, der Regierung zur Genehmigung einzureichen. Zu Bezug auf Lohnzahllung scheint es nach den Berichten befriedigend zu stehen. Wo die Auszahlung der Arbeitslöhne unregelmäßig oder gar nicht erfolgt, handelt es sich fast immer um Geschäfte, die ihrem Nutzen entgegengehen. Dagegen sind die Zwischenpausen noch immer der wunde Punkt, an dem die Junghaltung der nor-

malen Arbeitszeit leidet. Hier behauptete ein Geschäft, daß für bloße Handarbeit die Pausen — und wohl auch der Normalarbeitsstag — nicht inregehalten werden müssen; dort beanspruchten andere das Recht, einzelne Arbeiten während der Mittagspause fortzusetzen. Die Ausdehnung der Arbeitszeit über die gesetzliche Grenze hat den Fabrikinspektor Dr. Schuler öfters als frischer bewogen, bei Nacht Inspektionen vorzunehmen. Diese ungewöhnliche Arbeitszeitverlängerung gehört besonders in Stickereien mit Vor- und Nachmittagspausen zu den nicht seltenen Vorkommnissen. Indessen ist da und dort auch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu Stande gekommen. Auch die andern Inspektoren berichten in gleicher Weise über die Nichtbeachtung der gesetzlichen Arbeitszeit auf der einen und deren fortwährende Verkürzung auf der andern Seite. In sehr unerfreulichem Gegensatz dazu ist nach dem Berichte des Inspektors Manschenbach die Arbeitszeit in zwei Unternehmungen im Einverständnis mit der Arbeiterschaft, ja sogar auf deren Wunsch, verlängert worden und zwar von 8 auf 9 Stunden in einer Telegraphenwerkstatt und von 10 auf 11 Stunden in einer Uhrenbestandtheilfabrik. Dies muß eine arg zurückgebliebene Arbeiterschaft sein!

Die behördlichen Bewilligungen zur Überzeitarbeit werden im großen Ganzen immer sparsamer ertheilt. Im Kanton Zürich ist als Regel aufgestellt, nur noch 1 Stunde per Tag und nur für einen Monat zu bewilligen. Es hat sich gezeigt, daß durch solche und andere Einschränkungen nicht selten die Ergänzung der ungenügenden Betriebskräfte oder auch andere technische Verbesserungen provoziert werden, welche Überzeitarbeit für die Zukunft ganz überflüssig machen. Daß die Gewissenhaftigkeit im Einholen der Bewilligungen zugenommen hat, ergibt sich daraus, daß man solche vielfach nur für halbe, ja Viertelstunden und nur für einzelne Arbeiter nachsucht. Das ist auch der Grund, warum in der letzten Berichtsperiode die Zahl der Bewilligungen in höherem Maß, als die Zahl der Betriebe gestiegen ist. Es sind im 1. Kreise 755 gegenüber 637 in den früheren zwei Jahren. Auf den einzelnen Arbeiter berechnet, hat es 2,47 Stunden Vermehrung der Gesamtarbeitszeit des Jahres 1894 und 2,80 im Jahre 1895 gebracht. Zu Prozenten berechnet ergibt sich eine Vermehrung um 0,07 in 1894 und 0,09 Prozent in 1895. In der Maschinenindustrie ist die Überzeitarbeit wesentlich zurückgegangen.

Eine Wanderung durch die Berliner Gewerbeausstellung.

V.

Zum Schluß muß das Beiwerk der Ausstellung kurz besprochen werden, und zwar nur, um das Bild vollständig zu machen. Der Leser könnte sonst meinen, wir hätten im ersten Abschnitt zu viel gesagt. — Wenden wir uns zunächst zum Vergnügungspark. Wir müssen das thun, weil es ein eigenartiger Vergnügungspark ist, weil er Sachen bietet, die zum Theil zur Ausstellung gehören. Wir gleiten hinüber mit der Straßenbahn, das heißt wenn sie fertig sein wird. (Sitz jetzt der Fall. Red.) Diese Straßenbahn kommt von einem amerikanischen Erfinder. Sie besteht aus 2 Plattformen, die sich parallel nebeneinander drehen, ohne anzuhalten, fortbewegen und zwar mit gleichmäßiger Freigänger-Geschwindigkeit. Vom Perron aus besteigt man die erste Plattform, die sich mit der Geschwindigkeit eines Fußgängers fortbewegt. Es ist das also ohne jede Gefahr für Gedanken auszuführen. Steht man auf dieser Plattform, so wird man mit fortbewegt und fällt dann mit denselben Leichtigkeit und Geschwindigkeit die zweite direkt

ein nicht schmeichelhaftes Kompliment macht den Behörden der Fabriksektor Dr. Schuler bei der Berichterstattung über die Kinder- und Frauenarbeit. „Sehr ärgerlich ist“, sagt er, „daß hier und darüber Zeitbewilligungen, wohl meist aus blöder Gedankenlosigkeit, so ertheilt werden, daß sie auch für Kinder gültig erscheinen.“ Das dürfte sich in einer Monarchie bei der Unschärfe und Gottäglichkeit der Behörden kein Aufsichtsbeamter erlauben.

Der Vollzug des Fabrikgesetzes, sagt Dr. Schuler, ist noch immer weit von der Vollkommenheit entfernt. Aber er wird vielfach schlechter geschildert in manchen Publikationen, als er wirklich ist. „Dass unsere Bemühungen und auch die der Polizeiorgane nie alle Überzeugungen und Missstände anzuzeigen vermögen, wenn die Arbeiter selbst nicht mithelfen, haben wir schon oft wiederholt. Unsere Mahnung hat Gehör gefunden. Ich habe auf Arbeiterangaben gestützt eine Reihe von Spezialuntersuchungen vorgenommen und manche Klagen ganz berechtigt gefunden. . . In vielen andern Fällen, wo ich Gelegenheit hatte, mich mit Fachvereinen, die ihre wohl motivierten Beschwerden in ruhiger Weise vorbrachten, zu besprechen, ließ sich leicht Hilfe schaffen. Ich habe als Beispiele Vereine von Schmieden und Spenglern heraus. — Die Arbeitgeber finden sich immer mehr in die ruhige Diskussion eingehender Beschwerden. Wohl gibt es noch solche, die hochfahrend Rennung der Beschwerdeführer verlangen, jede Erörterung verweigern; das sind seltene Ausnahmen.“

Die Tätigkeit der Behörden bei der Handhabung des Gesetzes ist eine außerordentlich ungleiche. Es gibt noch viele untergeordnete Beamte, welche das Gesetz nicht einmal kennen; andere verlegen es absichtlich, auch wenn sie gewarnt sind. Überzeitbewilligung ist so in ganz gesetzwidriger Weise ertheilt worden; die Mittagspause wurde von einem Gemeindepräsidenten ganz willkürlich auf eine Viertelstunde reduziert. Sonntagsarbeit von einem Gemeinderath bewilligt und wohlweislich nicht angezeigt. „Meines Wissens ist es noch nie vorgekommen, daß solche Beamte bestraft worden sind. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als in Zukunft die Namen derselben zu publizieren, was natürlich Ihre (die schweizerischen Industriedepartements in Bern) ausdrückliche Zustimmung erfordern würde.“ Dieses Vorgehen wäre sehr zu begrüßen. Anerkennung finden die nationalen Regierungen für ihre Bereitwilligkeit

mit der sie dem Gesetz Vollzug verschaffen und die Aufsichtsbeamten bei ihren Funktionen unterstützen.

Biemlich geringfügig sind wieder die wegen Übertretung des Fabrikgesetzes verhängten Geldstrafen. Es wurden im 1. Kreise in 101 Fällen zusammen 3214 Fr. Bußen ausgesprochen. Die höchste Buße belief sich auf 100 Fr., während das Fabrikgesetz ein Maximum von 500 Fr. vorsieht. Dr. Schuler beschwert sich schließlich noch über die entsetzliche Langsamkeit, mit der die Gerichte die Klagesätze erledigen, so daß darüber in den Arbeiterkreisen tiefer Unwillen besteht. Diese Thatsache zeigt, wie in der Demokratie noch der kapitalistische Einfluß dominirt.

Trotz der immer wiederkehrenden Klagen über die Nichtbeachtung des Fabrikgesetzes, die natürlich wiederkehren werden, so lange die kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, ist es mit der Durchführung des Fabrikgesetzes in der Schweiz seit seiner 1878 erfolgten Einführung von Jahr zu Jahr besser geworden und sie wird wohl heute besser sein, als die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze in allen anderen Ländern. Den Fabrikinspectoren darf das Zeugniß ausgestellt werden, daß sie ebenso tüchtige, wie unthige und unerschrockene Aufsichtsbeamte sind.

Ein internationales Amt für den Arbeiterschutz.

Es sind nunmehr sechs Jahre her, daß die erste Arbeiterschutzkonferenz der Regierungen in Berlin stattgefunden, ohne daß bis jetzt eine Fortsetzung gefolgt wäre. Allerdings ist das damals aufgestellte beschiedene Programm noch in seinem Staate durchgeführt worden, auch nicht in Deutschland, obwohl hier immerhin einige Schritte nach vorwärts gemacht wurden. Frankreich hat seit 1890 ebenfalls ein Gesetz zum Schutze der Kinder und Frauen erlassen; in der Schweiz wurde das Fabrikgesetz auf Betriebe mit 10 resp. 5 Arbeitern, wenn Motorbetriebe, ausgedehnt und in den Kantonen Arbeiterschutzgesetze geschaffen. Mit ihrem Fabrikgesetz hat die Schweiz freilich schon im Jahre 1877 viel mehr geschafft, als das Programm der Berliner Arbeiterschutzkonferenz von 1890 enthält. Das schweizerische Fabrikgesetz und seine Durchführung steht auf dem Kontinent noch immer untrecht da und darum hat die Schweiz ein lebhaftes Interesse an der Fortführung der Arbeiterschutzgesetzgebung in den anderen Industrieländern.

nebenherlaufende Plattform betreten, die sich mit doppelter Fußgängergeschwindigkeit bewegt. Diese Plattform ist mit Sitzbänken versehen. Beide Plattformen bilden eine endlose Reihe, es findet daher kein Anhalten statt, sondern man verläßt am Bestimmungsort zunächst die zweite und dann die erste Plattform auf dieselbe gefahrlose Art, wie man sie bestiegen hat. Durch Sparbüch des Anhaltes wird die Förderung rasch befähigt, es ist auf jeder Station ein fortwährendes Ein- und Aussteigen, eine Ansammlung von Menschen also vollständig abgeschlossen. — Es ist freilich kaum anzunehmen, daß Berliner Behörden gar so leicht ihre Zustimmung geben, eine so praktische Einrichtung im Großen einzuführen, die ist eben für Berlin zu praktisch.

So also gelangt man in den Vergnügungspark. Wie die Straßenbahn ist auch der ganze Park nach amerikanischem Muster angelegt. Es findet sich dort ein großes Varieté-Theater, eine Welt-Musik (7 Nationalitäten konzertieren), ein „Labyrinth“ mit Serial. Die „Weltbahnen“ ist wieder ein eigentliches Ausstellungsobjekt. Man besteigt eine Plattform und fällt sich in eine Gondel nieder. Sofort hebt sich der Wasserspiegel und die Gondel

Dieses Interesse besteht umso mehr, als die schweizerische Arbeiterschaft bereits 1874 die Forderung des Zehnstundentages aufstellte und sie in den letzten Jahren immer energischer geltend macht. So lange aber z. B. Deutschland noch nicht einmal einen gesetzlichen Normalarbeitsstag für die Fabrikarbeiter hat, finden es die schweizerischen Behörden mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit ihrer einheimischen Industrie nicht unbedenklich, den gesetzlichen Elfstundentag durch den Zehnstundentag zu ersetzen.

Ob diese Bedenken berechtigt sind oder nicht, darauf wollen wir hier nicht näher eingehen. Dagegen hat sich die schweizerische Bundesversammlung in den letzten Jahren wiederholt mit der Frage der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung beschäftigt und in der That auch dem Bundesrat den Auftrag gegeben, zu gelegener Zeit die Regierungen zu einer nuerlichen Konferenz in die Schweiz einzuladen. Noch ist nichts darüber bekannt, wann die einleitenden Schritte zu dieser zweiten internationalen Arbeiterschutzkonferenz werden gethan werden und doch wird bereits die Frage erörtert, welche Aufgaben derselben zu stellen seien.

In St. Gallen hielt jüngst der auch im Ausland wohlbekannte Sozialpolitiker, National- und Regierungsrath Curti, einen bemerkenswerten Vortrag. In demselben führte er aus, daß das ursprüngliche Postulat einer internationalen Fabrikgesetzgebung nicht erfüllt werden konnte, weil es zu hoch zielte, während umgekehrt die Beschlüsse oder Wünsche der Berliner Konferenz, die nicht verbindlich sind, wohl eine ethische Bedeutung besitzen, den Arbeiterschutz aber dennoch nicht in der gewollten ausreichenden Weise fördern. Dazu müssen liegt aber ein Mittleres, welches den Vorzug sofortiger Verwirklichung hätte und die Fortentwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung ungemein begünstigen müßte. Es ist damit die Einsetzung eines internationalen Amtes oder Büros für den Arbeiterschutz gemeint. Damit erhielten die Bestrebungen, welche die Berliner Konferenz mit einander zu verknüpfen suchte, einen beständigen Ausdruck; das Arbeiterschutzamt wurde für sie zum „äußeren sichtbaren Zeichen“.

Die Tätigkeit eines solchen Amtes sollte zunächst bestehen in der Sammlung und Herausgabe aller auf den Arbeiterschutz sich beziehenden Gesetze und anderen wichtigeren Publikationen durch eine Zentralstelle. Alle Tugte müßten in englischer, französischer und deutscher Sprache mitgetheilt werden und darüber

250 Jahren vor. Das ist es auch — aber es ist nicht das allein, das lockt nicht Menschen genug an. Darum hat man Alt-Berlin mit Neu-Berlin im verwegsten Sinne des Wortes verquickt. Es ist eine in der That großartige historische Darstellung verunzert, verunglimpt, mit Roth beworfen von den Vertretern des Geldsacks, die ja das, was die Zugkraft des neuen Berlin betrifft, aus eigener Erfahrung am besten kennen. Dingel-Dangels der verwegsten Art, Toiletten, die im neuen Berlin polizeiwidrig genannt würden. Verküperinnen zu Hunderten, alle in schmucken Kostümen, und eine ungezählte Schaar von Berliner Kellnerinnen. Es wurde schon in den ersten Tagen konstatiert, daß Prostituierte in Alt-Berlin Absteigquartier haben, und „gebeten“, wenigstens das Halten von Menschenleisch nicht am hellen Tage gar so offen zu betreiben. —

Sollen wir noch von Kairo reden? Man setze für Alt-Berlin Kairo. Es sind eben sehr schöne Darstellungen, naturgetreu, den Charakter des Orients an der Stirn tragend, künstvoll ausgeführt, aber ohne Dingel-Dangels gehts auch nicht ab. Wenn nun hier die Prostitution nicht so offen zu Tage tritt, wie

hinaus in ihrer Ursprache, wenn diese keine der drei genannten ist. Alleinliche Sammelwerke bestehen auf anderen Gebieten und für alle diejenigen Personen, welche dem vielseitigen Gegenstande des Arbeiterschutzes ihre Aufmerksamkeit schenken, wird eine derartige Veröffentlichung in jedem Falle ein begnauer Berather sein, wie er gegenwärtig noch nicht vorhanden ist.

In besondere sollen in das Sammelswerk aufgenommen werden alle Gesetze über Fabrikpolizei, im Besonderen auch über den Schutz der Minderjährigen und der Frauen; über die Sonntagsruhe sowohl der Fabrikarbeiter als der in Wirtschaften und Ladengeschäften arbeitenden Personen beiderlei Geschlechts; über schützende Maßregeln für die in der Haushandustrie Beschäftigten; über die Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsruhe in den Staatswerkstätten und Verkehrsanstalten (Post, Eisenbahnen, Schiffahrt, Tramwagen, Fuhrhalterei, Telegraph, Telefon); über die Haftpflicht in Fabriken, Gewerben und Verkehrsanstalten; über das Lehrlingswesen; über Arbeiterwohnungen, über die Versicherung industrieller und ländlicher Arbeiter gegen Unfall, Krankheit, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit und über den Arbeitsnachweis.

erner sollten auch die den Gesetzentwürfen beigegebenen Begründungen, die darüber geslogenen parlamentarischen Verhandlungen, die den Gesetzen folgenden Verordnungen und Regulative, die Berichte der Verwaltungen, Fabrikinspektoren und Arbeitersekretäre, die sich über die Wirkungen der Arbeiterschutzgesetze aussprechen und die manngfachen, oft unerwarteten Fälle ihrer Anwendung beleuchten, sowie belangreiche Entscheidungen der Gerichts- und Verwaltungsgerichtshöfe ganz oder im Ausszuge mitgetheilt werden und zu ihrer Ergänzung auch die Statistiken Berücksichtigung finden.

Die Gesetzgebung auf einem neuen Felde, meint Curti, worin ein Staat dem andern nachahmt, würde oft eine glücklichere sein, wenn man dabei nicht blos den Wortlaut des Gesetzes nachschreibe, sondern auch um seine Entstehungsgeschichte wüsste und die von den Verwaltungsbüroden bei seiner Ausführung gewachten Erfahrungen berücksichtigen könnte.

Als eine zweite Aufgabe des Arbeitsschutzes halte ich mir die Abfassung eines Jahresberichtes über die ganze von den legislatorischen und administrativen Faktoren für die Fortbildung des Arbeiterschutzes entwickelte Tätigkeit. Beide Publikationen müssten den sämtlichen

in Alt-Berlin, so hat Kairo etwas Anderes vor Alt-Berlin vorans. Wir wollen zwar nicht bestreiten, daß die Einwohner zum großen Theil echt sind, aber wie geht es denn zu, daß Derjenige, der die verfrachte „Ausstellung Italien“ in Berlin 1894—95 besucht hat, so viel Bekannte unter den Angestellten in Kairo-Berlin 1896 trifft? Dies sind eben übrig gebliebene Italiener beider Geschlechter.

Und die Kolonial-Ausstellung? Nachdem wir, obwohl Vertreter der Presse, für unser eigenes Geld uns so ziemlich Alles angesehen hatten, haben wir auf deren Besuch verzichtet. Wir sind der Meinung, daß wenn Alt-Berlin und Kairo solch ein Bild geben, Kamerun im Grundsprinzip nicht ein Haar besser aussehen wird.

Das ist auch gar nicht möglich! Eine Ausstellung, die „ziehen“ soll, muß raffiniert angelegt sein, und Berlin hat den traurigen Ruhm, dieses Raffinement auf den höchsten Gipfel getrieben zu haben. So will es die heutige Zeit, der Kapitalismus die Handlungen dictirt.

Fassen wir zusammen: Die Ausstellung wurde gegründet unter einem dem Gemeinfinanz in's Gesicht stellenden Interessenstreit, es bedurfte des Eingreifens hoher

Megierungen und Parlamenten, allen Polizei- und Sanitätsbehörden, welche die Ausführung von Arbeiterschutzgesetzen überwachen, den Fabrikinspektoren, Arbeitersekretariaten und statistischen Amtstümern zugestellt und gleichzeitig, um Ledermann die Benutzung zu erleichtern, in den Buchhandel gebracht werden.

Mit diesen litterarischen Beschäftigungen könnte noch eine dritte Aufgabe verbunden werden. Es hätte nämlich das Vint den hierzu berechtigten Persönlichkeiten als Auskunfts- und Vermittlungsstelle zu dienen, an welche sie sich um den Rath wenden könnten, dessen sie in ihrer parlamentarischen Stellung oder bei ihrer Berufspraxis bedürfen.

Die vierte und letzte Aufgabe des internationalen Amtes wird sein, daß es jedes Jahr oder alle zwei Jahre den Mittelpunkt eines Kongresses bildet, auf welchem Parlamentarier und delegierte Amtspersonen der befreiten Staaten ihre Ansichten und Wahrnehmungen über den Arbeiterschutz einander mitzutheilen Gelegenheit finden. Es ist unnötig, ansehnanderzusehen, daß diese Zusammenkunft alle Vorzüge der anderen internationalen Kongresse hätte. Den meisten Erfolg würden sie aber für die Verwaltung haben. Die Gesetzgeber mügten darauf vielfache Anregungen empfangen; noch wichtiger wird die persönliche Verührung für Diejenigen sein, welche die Arbeiterschutzgesetze auszuführen haben und dabei auf Hindernisse stoßen, welche nur durch ein Sach- und Erfahrungswissen, das selten die Eröberung eines Einzelnen ist, besiegt werden können.

Alle anderen Punkte, die zur Organisation des internationalen Amtes für Arbeiterschutz erledigt werden müssen, bezeichnet Curti als solche untergeordnete Natur. Die Veröffentlichungen erheischen einen Stab von ausgezeichneten Gelehrten und Literaten, von Redakteuren, Korrespondenten, Uebersettern; sie verursachen wegen ihrer starken Verbieläufigkeit nicht unbedeutende Herstellungskosten, — aber diese Ausgaben spielen, wenn mehrere Staaten zusammentreten, keine Rolle. Auch der Modus für die Wahl der Beamten wird geringe Schwierigkeiten bieten. Und ebensowenig würde die Frage des Sitzes zur Entzweigung führen. Es werden hiefür Brüssel oder Zürich vorgeschlagen, da jede dieser Städte in einem zentralen Staat und belebten Industriegebiet gelegen ist. Was den Kongress anbetrifft, so wird derselbe vermutlich die Hände durch die Hauptstädte machen.

Die internationale Fabrikgesetzgebung bleibt ein Ideal, schloß Curti seinen Stelle, mit die zankenden Busen zur Ordnung zu bringen. Sie wurde erbaut unter der erbärmlichsten Lohnrückerei, rein im Geiste des Großkapitals zum Zweck der raffinirtesten Reklame. Diesem Interesse mußte Alles dienstbar gemacht werden. Es wurde gehemtelt, gelogen, um Publikum anzulocken, es wird die Arbeiterschaft verhöhnt, der man Alles verdankt, es wird der Knechtssinn großgezogen, es werden die Besucher in unerhörtester Weise geschröpft. (Es kostet z. B. die einmalige Benützung des Aborts für Damen bis zu 25 !)

Die Kühnemann & Co. haben Organisationstalent. Sie verstehen es nicht nur, den Arbeiter, der nur die geringste freie Regelung zeigt, zu maßregeln und die Arbeitskraft in unerhörtem Maße auszubuten, sie verstehen es auch, dem übrigen Publikum mit ihrem Ausstellungsrummel das Geld aus der Tasche zu locken auf raffinirteste Art und gleichzeitig die „herrlichste“ Reklame zu entfalten, die Berlin je gesehen hat.

„Ausstellungsrummel“ — ist das nicht zu hart? Nein! Es ist beinahe noch gescheichert. Welchen Zweck soll eine Ausstellung haben? Es sollen die Gedanken und Ideen ausgetauscht werden

Vortrag, ein Zukunftsproblem, — das internationale Amt für den Arbeiterschutz ist ein praktischer Vorschlag, welchen schon die Gegenwart verwirklichen kann.

Es wäre in der That die halbige Durchführung dieses Vorschages zu begrüßen, da damit eine wirklich werthvolle Institution geschaffen würde, die die Fortentwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung in den Industrieländern bedeutend fördern müßte. Man könnte nur wünschen, daß der schweizerische Bundesrat seinerseits sich ebenfalls auf diesen Boden stellen und baldigst an die Regierungen mit der Anfrage, betreffend Abhaltung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz heran treten würde.

Arbeiterwohnungen.

Es entspricht der Natur des kapitalistischen Wirtschaftssystems, daß es den Arbeitern, auf deren Ausbeutung dasselbe begründet ist, die Existenzbedingungen rauht oder schmälert. Der besitzlose, auf seinen Arbeitslohn angewiesene Arbeiter muß, wie mit ungenügender Nahrung, so auch mit schlechter Wohnung vorlieb nehmen. Aber er muß für die schlechte Wohnung eine Miete zahlen, deren Höhe in gar keinem Verhältniß zu dem Werthe jener Räumlichkeiten steht. Es ist eine nicht zu leugnende Thatsache, daß die Ausgabe für das Wohnungsbedürfnis im umgekehrten Verhältniß zur Höhe des Einkommens steht, d. h. daß der Arme, dem die Miete vom Einkommen verschlingt, einen um so größeren Bruchteil desselben ausmacht, je kleiner das Einkommen ist, daß der Arme am schwersten von der Miete belastet ist. Die „kleinen Leute“ sind den Wohnungsbewohnern in unerhörtem Maße tributpflichtig. Besonders in großen Städten ist das der Fall, wo die Proletarier froh sein müssen, überhaupt nur eine Wohnung zu bekommen. Stets ist das Hausbesitzerthum darauf bedacht, die Mieten zu steigern, was ihm um so leichter ist, je größer der Mangel bezw. die Nachfrage nach kleinen Wohnungen ist.

Daß das ein sehr schlimmer Zustand ist, wird auch in den Kreisen der herrschenden Gesellschaft zugegeben. Ihm abzuhelfen, ist man da auf den Gedanken gekommen, den Bau „billiger Arbeiterwohnungen“ zu unternehmen.

Bekannt ist, daß viele Unternehmer schon längst die Praxis beobachtet haben, für „ihre“ Arbeiter Wohnungen zu errichten. Diese „Wohlthat“ hat ihre großen Bedenklichkeiten; sie ist in der

über Industrie, Handel, Gewerbe und Kunst. Aber bedarf es dazu dieses Beiwerks, daß wenigstens Zweidrittel der Ausstellung einkommen? Und vor Allem kann eine lokale Berliner Ausstellung diesen Zweck erfüllen? Nein, und dreimal nein! — Was die Berliner Fabrikanten sich gegenseitig zeigen können, ist durch dauernde Fachausstellungen ohne Tingle-Tangel, im kleinen Maßstab besser zu erreichen. So liegt es noch nicht einmal erheblich im Interesse der Fabrikanten, eine solche lokale Ausstellung zu bauen, und eben deswegen das Beiwerk, eben deswegen der Minimel, um Lente anzulocken, um das Geld herauszuschinden! Aber die Interessen der Arbeiter? Diese erheischen ebenfalls Vorführungen aller Industriegruppen, damit jeder Arbeiter behufs freien Studiums Zuritt haben. Dieses Studium muß von Seiten des Arbeiters sowohl als von Seiten des Fabrikanten ein dauerndes sein. Und darum hat auch eine lokale Berliner Gewerbeausstellung für den Arbeiter keinen Werth. Wenn man so etwas Werth

Regel nur darauf berechnet, die Arbeiter um so abhängiger vom Unternehmer zu machen. Jedenfalls ist der Arbeiter, der mit seiner Familie eine ihm vom Arbeitgeber vermietete Wohnung inne hat, in seiner freien Entschließung sehr beschränkt. Denn Entlassung aus der Arbeit bedeutet für ihn zugleich Verlust der Wohnung.

Auch der Staat hat hier und da Wohnungen für die Arbeiter seiner Betriebe hergestellt. Im vorigen Jahre hat bekanntlich der preußische Landtag eine Rente von 5 Millionen Mark bewilligt, die zur Herstellung „gesunder“ und „billiger“ Wohnungen für Arbeiter in staatlichen Betrieben dienen soll.

Gegen diese Praxis sind dieselben Bedenken gestellt zu machen, wie wir sie vorhin angestellt haben. Es kommt aber noch hinzu, daß die betreffenden Wohnungen weder billig, noch gut sind. Es sollen nach dem Regierungsplan, mit dessen Ausführung man nunmehr beschäftigt ist, drei Gruppen von Wohnungen hergestellt werden: Wohnungen von drei Zimmern und Küche, zwei Zimmern und Küche und einem Zimmer und Küche. Die Häuser sind für je zwei bis acht Familien berechnet. Nach einer Angabe des Ministers v. Berlepsch würde in Zwei-Familienhäusern die Wohnung je 5100 M., in den Vier-Familienhäusern je 4500 M. und in den Acht-Familienhäusern je 4000 M. an Kapitalsanlage zu stehen kommen. Rechnet man nun die Kapitalszinsen — mäßig — zu 4 Prozent, so würden einschließlich der beanspruchten 1 Prozent Verwaltungsgebühren und $\frac{1}{2}$ Prozent Amortisation die Wohnungen mit $5\frac{1}{2}$ Prozent zu verzinsen sein durch den Mieter. Das wären durchschnittlich also 220—280 M. Das scheint uns, wenn wir als Normalwohnung die der zweiten Gruppe mit Zimmer, Kammer und Küche annehmen, denn doch für kleine Orte ein viel zu hoher Mietpreis zu sein. Finanziell werden also die beglückten Arbeiter bei dieser Staatswohlthat nichts profitieren. Die Wohnungen sind durchaus nicht billig. Und ihre Beschaffenheit? Die läßt auch sehr viel zu wünschen übrig. Uns liegen einige diesbezügliche Auslassungen eines älteren Baubeamten, der in diesen Dingen vielfache Erfahrungen gesammelt hat, vor. Darnach muß die bauliche Beschaffenheit der bis heute vom Staat den Arbeitern dargebotenen Wohnungen, wie alles, was für den Arbeiter geschieht, als dürfzig und ungenügend bezeichnet werden. In vielen Fällen ist die Küche nur ein knappes, womöglich nur durch mittelbare Beleuchtung erholtetes

Beimessen will, so ist es der, daß der Arbeiter einmal sieht, wie Diejenigen leben, die er ernähren muß. Seine Begehrlichkeit wird gereizt, falls er anders nicht sumpfinig ist und sich nicht für werth hält, diese von Seinesgleichen hergestellten Produkte zu genießen. Aber das ist eben ein sehr minimaler Werth einer Ausstellung, und davon wird durch die kolossal hohen Eutrees der Arbeiter fern gehalten. Derjenige, auf den Alles am besten wirken würde, kanu die Ausstellung nicht besuchen! Auch das wird in deren Plan wohl berechnet. Dagegen würde eine nationale oder besser eine Weltausstellung mit völlig freiem Eintritt, freier Fahrt und Weiterzahlung des Lohnes in der versäumten Zeit für jeden Arbeiter belebend wirken im besten Sinne des Wortes. Aber das ist eine Unmöglichkeit für die Kapitalistengesellschaft. Und darum haben wir diese Unmöglichkeit darzuthun in jeder Art. Wir kennen für diese Sippe so wenig Schönung, wie sie für uns; ihre Sünden, und zu diesen gehört dieses raffinirte Stellamenstück „Berliner Gewerbeausstellung“, werden angeklagt. Den Henchtern die Maße vom Gesicht!

Geläss. Die Wohnstube ist leider groß und den Schlaf bildet eine Schlafräume, die oft so klein ist, daß die Wohnstube auch noch mehrere Betten aufnehmen muß. Da die Häuser oft freistehend errichtet werden, so sind sie bei den schwachen Mauerstärken in vielen Fällen gar nicht ordentlich zu erhitzen. Besonders die oberen Räumlichkeiten sollten doch wenigstens $1\frac{1}{2}$ Stein starke Ummauerungswände erhalten, wenn sie ohnehin durch das dünne Dach schon im Winter einer schrecklichen Abkühlung unterliegen und im Sommer unerträglich vor Hitze, zum Schlafen nur für den unzufriedenen, übermüdeten Arbeiter brauchbar, sonst aber zum Ausruhen ganz ungeeignet sind.

Da man beabsichtigt, acht Familien und mehr in einem Hause unterzubringen, also mehrere Stockwerke übereinander zu bauen, so wäre ein kleiner Fortschritt bringend erwünscht, der bisher unbeachtet geblieben ist, weil es sich für den Arbeiter immer nur um das „Allernothdürftigste“ handelt: die Anlage von Wasserleitungen einfachster Form. Haben die Arbeiterfrauen schon mit dem Kinderhalsleppen, Tragkorbhalsleppen mehrere Treppen hinauf übermäßige Plage, so sollte man ihnen das Wasserkörbchen endlich abnehmen. Die Ausführung dieser Erleichterung ist auf die billigste Art zu bewirken. Liegen mehrere Häuser nebeneinander, so wird in einem Hause ein Gasmotor und ein angemessen großes Wasserreservoir aufgestellt, das natürlich frostfrei und hoch genug untergebracht werden muß. Die Kosten für solche Anlage sind heute so gering, der Motorenbetrieb ist so einfach, daß es als eine eingewurzelte Rücksichtslosigkeit bezeichnet werden muß, wenn man der Arbeiterfamilie den hinreichenden Wasserbedarf erschwert durch die gewöhnliche Brunnenanlage auf dem Hofe. Abschließlich ist die Plage im Winter, wenn die Brunnen, die ja so oft möglichst schlecht hergestellt sind, einfrieren und die Frauen weit in der Nachbarschaft nach einem frostfreien Brunnen umherlaufen und dann das Wasser mehrere Stockwerke hoch schleppen müssen. Ferner zu wünschen und noch viel einfacher sind die Ausgräben, die den oberen Bewohner vom Herunterhalsleppen des Wassers befreien sollen.

Allerdings gibt es zahlreiche banalische Dummheiten und Mißgriffe, die aufs Punktfeile hierbei zur Ausführung kommen, wenn die Bauaufsicht nicht in den Händen eines vielseitig erfahrenen Baubeamten liegt, der ein wenig sozialpolitisch angehaucht, die richtige Empfindung für die Bedürfnisse des zur bauenden Armuth verurtheilten Arbeiters hat. Die Anlage von Strohsäcken in Gefallen, welche unmittelbar mit einem Wohn- oder Schlafzimmer in Verbindung stehen, ist verwirrend, weil der Braten die Räume im Winter feucht und die Kochhitze sie im Sommer unerträglich macht. Die mit ausgesuchtem Raffinement entworfenen „preisgekrönten“ Arbeiterhäuser sind oft das Nichtigwürdigste, was man sich an Raum-Ausbeutung denken kann; dies tritt besonders dann in die Erziehung, wenn man hiermit die bekannten überreich ausgestatteten Dienstwohnungen mittlerer oder gar höherer Bequemlichkeit vergleicht.

Aber angenommen selbst, die Wohnungen, die der Staat den in seinem Betriebe beschäftigten Arbeitern bietet, seien wirklich billig und gut, so muß man doch fragen, wo denn die Millionen anderer Arbeiter bleiben, die doch aufs Anspruch auf eine preiswerte, menschenwürdige Wohnung haben? Freilich haben sich ja auch Privatgesellschaften gebildet, die den Bau von „billigen“ und „guten“ Arbeiterwohnungen betreiben. Aber in der Regel steht hinter diesen Unternehmungen auch nur die Spekulation auf den Geldbeutel des Arbeiters.

Es dürfte von Interesse sein, darauf

hinzuzweisen, wie in Frankreich und England von staatlicher Seite die Arbeiterwohnungsfrage behandelt wird.

In Frankreich ist am 30. November 1894 ein besonders diese Frage regelndes Gesetz in Kraft getreten, welches durch Ausführungsbestimmungen ergänzt worden ist. Letztere, sowie die wichtigsten Statuten der Baumessenschaften, welche sich die Vortheile jedes Gesetzes sichern wollen, sind durch einen Oberwohnungsrath (Conseil supérieur des habitations à bon marché) im Einverständnis mit dem Justiz- und Handelsminister festgesetzt worden. Das vorjährige Gesetz erheilt nun den Friedensrichtern die Befugniß, die Unheilbarkeit der Wohnungen zwischen den Berechtigten anzugeben, sobald einer von ihnen diesen Anspruch erhoben hat. Ferner soll der Erbe oder überlebende Verwandte, wenn er ein Eigentumsrecht hat, das Haus nach Abhängung übernehmen dürfen. Diese Arbeiterhäuser sind außerdem von der Grund- und Fenstersteuer befreit, und die Baumessenschaften, welche die im Gesetz verlangten Vorschriften erfüllen, genießen die Immunität von der Fideikommiss- und der Patent-(Gewerbe-)Steuer. Der Oberwohnungsrath hat dann die Mietshsgrenzen der Wohnungen, welche unter dieses Gesetz fallen, festgesetzt: diese Mieten sollen in den Gemeinden von 1000 Einwohnern und darunter 106 M., in den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern 176 M., bis zu 30 000 Einwohnern 200 M., bis zu 200 000 Einwohnern und in den in einem Umkreis von 45 Kilometern um Paris gelegenen Gemeinden 258 M., in den Gemeinden von über 200 000 Einwohnern 352 M. und in Paris 440 M. nicht übersteigen dürfen.

In England weist die Regierung der Gemeinde den Baugrund an und vergibt den Bau an einen Unternehmer (contractor), der das Arbeiterhaus (labourers cottage) fertigstellt.) Die Akkordsumme beträgt durchschnittlich 92 Pf. St. (1840 M.) und der Bau dauert gewöhnlich vier Monate. Der Unternehmer beschäftigt so wenige Männer wie nur möglich, höchstens vier, und arbeitet selber mit. Bei einem durchschnittlichen Wochenlohn von 10 Sh. würde er in den 20 Arbeitswochen seinen vier Arbeitern einen Gesamtlohn von 40 Pf. St. (800 M.) zu zahlen haben, wozu noch die Kosten für die Baumaterialien an Stein, Holz für Türen, Dachstuhl &c. und Schiefer für die Dachbedeckung hinzukommen. Mindestens kostet das letztere zu 10 Pf. St. (200 M.) an, so bleibt dem Unternehmer nach Abzug dieser 50 Pf. St. von der Akkordsumme ein Gewinn von 42 Pf. St. (840 M.). Der Meister, der das Haus bezahlt, zahlt höchstens meist 1 Sh. von dem Verkaufspreis ab, bis er nach vollständiger Entrichtung desselben Eigenhümer wird.

Wir vermögen nicht einzusehen, daß dieses System das ihm von kapitalistischen Blättern oft gepredigte Lob verdient. In den großen Städten läßt es sich gar nicht durchführen. Die Häuser sind durchweg erbärmlich gebaut und doch auch nur ein Spekulationsobjekt.

Alle diese und ähnliche Verhältnisse, die „Arbeiterwohnungsfrage“ zu lösen, sind verschießlich. Diese Lösung wird erst mit der Lösung der Arbeiterfrage überhaupt möglich sein. So lange das kapitalistische Ausbeutungssystem besteht, so lange wird die Lage der Arbeitenden den Besitzern des Grund und Bodens unverträglich bleiben.

Das Wort „Arbeiterwohnung“ hat etwas sehr Gehässiges. Es hört sich das an, als wenn man von Schafstall und Hundehütte spricht. Denn was man unter „Arbeiterwohnung“ versteht, das ist bei Weitem nicht das, was als eine wahrsch. menschenwürdige, der Höhe unserer Kultur entsprechende Behausung zu erachten ist. „Arbeiterwohnung“ be-

deutet etwas, das gewisse Kreise als gut genug für den Menschen halten, der Arbeiter ist. Es wird damit Klassenüberhebung und die Bezeichnung einer Menschenart zweiter Klasse ausgedrückt. So mancher Faulezzer, der der Welt zu nichts nützlich ist, prokt in Palästen; der ehrliche Arbeiter, der den Faulezzer ernähren muß, soll froh sein, wenn er eine „Arbeiterwohnung“ hat.

„Arbeiterkleidung“ — „Arbeiternahrung“ — „Arbeiterviertel“ und „Arbeiterwohnung“ — die soziale Tollheit ist's, die in diesen Wörtern ihr Unwesen treibt. Wir verlangen für den Arbeiter, was menschlich ist, denn er hat vollauf Anspruch darauf.

Politik und Gewerkschaften.

Zu dem Berliner Gewerkschaftskongress äußert sich die konservative Wochenschrift „Die Grenzboten“. Wir geben aus dem bezüglich der Stellung der Behörden gegenüber den Gewerkschaften sehr beachtlichen Artikel Folgendes wieder, ohne Alles zu unterschreiben, was darin gesagt ist. Es heißt da: Mit der Thatache, daß in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung der Parteipolitik untergeordnet wird, hat es seine Nichtigkeit, aber dieser Zustand ergibt sich unvermeidlich aus unseren politischen Verhältnissen. Wollten die neuen Gewerksvereine die Politik ausschließen, so würden sie es nicht weiter bringen als die alten, die ja sehr achtenswert, aber bei ihrer geringen Mitgliederzahl und bei der eugen Begrenzung ihres Wirkungskreises ohne Einfluß auf die Lage der deutschen Arbeiterschaft im Großen und Ganzen sind. In einem Lande, wo hinter jedem Trupp Arbeiter ein Polizist herläuft, um sie zu überwachen, wo Versammlungen im Freien nicht gestattet werden, wo die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit auf's Neunste beschränkt ist, wo eine Tellerversammlung für Vereinszwecke schon eine gerichtliche Bestrafung nach sich ziehen kann, wo ganze Gewerksvereine einfach aufgehoben werden können, wenn es den Behörden beliebt, in einem solchen Lande neuen Gewerksvereine nach englischer Art nicht aufkommen. Mag man über die Streits im Allgemeinen und jeden einzelnen Streit im Besonderen urtheilen wie man will, mag man von jedem einzelnen nachweisen, daß er eine freventliche Thorheit gewesen sei und nicht allein die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter geschädigt habe, so steht doch das Eine fest, daß bis jetzt noch kein anderes Mittel erfunden worden ist, wodurch die Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen erlangen könnten. Das Einkommen des Lohnarbeiters hängt in weit geringerem Grade von den eigenen Leistungen ab als das des Unternehmers. Der Unternehmer, der Glück, Geschick und Thatkraft hat, kann sein Einkommen mit der Zeit verzehnfachen, der Lohnarbeiter ist nur selten in der Lage, es durch Fleiß und Geschicklichkeit zu verdoppeln. In den meisten Fällen ist ihm eine Grenze gesetzt, die er nur überschreiten kann, wenn sie von allen Arbeitern seines Faches gleichzeitig durch eine Lohnerhöhung überschritten wird, zu der sich die Unternehmer nicht, sei es durch einen Streik, sei es durch Arbeitermangel, gezwungen sieht. Bei uns nur werden Arbeitseinstellungen, und schon die Aussforderung dazu als halbe Rebellenangesehen und behandelt. Verhält sich aber eine Behörde einmal unparteiisch bei einem Streik und trifft sie nicht als Bundesgenossen des Unternehmers, sondern als Vermittlerin auf, so schreien die Unternehmer jetzt Mord. Der Streik ist der Nebel größtes nicht, schreit der „Konfessionär“ nach der Beendigung des Ansandes der Berliner Konfessionarbeiter, sondern die Einigung darum das Gewerbe-

gericht! Und die Behörden haben selten den Mut, dem Unwillen der Unternehmer gegenüber Stand zu halten.

Unter diesen Umständen müssen sich die Arbeiter erst das Recht zu einer wirklichen Gewerkschaftstätigkeit erkämpfen, und das kann in Deutschland nicht wohl anders geschehen, als durch Gründung und beharrliche Unterstützung einer Arbeiterpartei, mag sie sich nun sozialdemokratisch oder sonstwie nennen. In England haben die Arbeiter eine eigene Partei nicht nötig; die Vereins- und Koalitionsfreiheit haben sie schon, und mit dem, was sie an Arbeiterschutz &c. erstreben, kommen sie zum Ziele, wenn sie die Partei unterstützen, die ihnen am meisten verspricht. Einiges von dem Versprochenen muß die siegreiche Partei halten, weil sie sonst bei der nächsten Wahl die Arbeiterstimmen einbüßen würde, und sie kann es halten, weil das, was die Unterhausmehrheit beschließt, von den seltenen Fällen eines Widerspruches des Oberhauses abgesehen, unfehlbar Gesetz wird. In Deutschland stehen den Arbeitern nicht zwei große Parteien, sondern nein bis zehn Fraktionen gegenüber, die zwar auch im Versprechen nicht faul sind, von denen aber keine das Halten verbürgen kann. Denn erstlich weiß keine, ob sie in die Mehrheit hineinkommen und in der Mehrheit einen maßgebenden Einfluß gewinnen wird, und zweitens kann der Bundesträger jeden Beschluss des Reichstags zu nichts machen. So sehen sich also die Lohnarbeiter bei uns darauf angewiesen, zunächst Politik zu treiben.

An die deutschen Metallarbeiter.

Genossen! Die Wahl eines Vertreters der deutschen Metallarbeiter auf dem internationalen Metallarbeiterkongress und internationalem Arbeiterkongress hat folgendes Resultat ergeben. Bis zum 16. Idf. Abends waren Protokolle über 57 Versammlungen eingegangen; 55 derselben ergaben die Zahl von 2499 abgegebener Stimmen, welche sich wie folgt verteilen: M. Segitz-Kürtz 1783, J. Schmid-Nürnberg 383, C. Deisinger-Hamburg 295, zerstreut 14, ungültig 24. Die übrigen 2 Protokolle sind von Chemnitz; nach dem einen hat dort eine Versammlung stattgefunden, welche von über 300 Metallarbeitern besucht war, die für Segitz gestimmt haben; nach dem anderen sind in einer Versammlung in Chemnitz 19 Stimmen für Segitz, 2 für Deisinger und 1 für Schmid abgegeben.

Segitz ist somit als Delegirter gewählt und werden wir demselben Namen der deutschen Metallarbeiter die Mandate für beide Kongresse ausstellen. Etwaige besondere Wünsche oder Anträge bitten wir dem Delegirten M. Segitz, Kürtz in Bayern, Hirschenstraße 22/I, zu übermitteln.

Schließlich ersuchen wir noch diejenigen Genossen, an welche wir uns befußt Aufbringung der ersten gewendet haben, recht bald mit uns abzurechnen. Die zugesendeten Listen müssen auf jeden Fall zurückgesendet werden, auch wenn kein Beitrag auf denselben verzeichnet sein sollte.

Hamburg, 17. Juni 1896.

Mit kameradschaftlichem Gruß
J. A.: Otto Schulz, Gelbgießer,
Hamburg-St. Pauli, Marktstr. 111, S. 9, 1a.
Vorhandenes Wahlergebnis geprüft und
für richtig befunden zu haben bestätigen:
Paul Weinheimer. O. Meissner.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir erinnern die Verwaltungen, um eine schnelle und thaktägliche Unterstützung der zahlreichen jetzt stattdürfenden Kaufleute an ermöglichen, alle irgend entbehrlichen Geldbestände umgehend nach hier einzusenden.

* * *

Die Instruktion zur Durchführung der Arbeitslosenstatistik ist insofern nicht ausführlich genug, als sie die auf die Weise gehenden Mitglieder nicht berücksichtigt. Zum Theil erübrigt sich dies ja, da man durch Zusammenstellung der Delegationslisten das Nötige ermitteln kann. Dies Resultat ist aber immerhin unvollkommen, da es nur die Delegatbezugsberechtigten umfaßt. Im Interesse der Genauigkeit der Statistik liegt aber die Heranziehung aller jeweils Arbeitslosen und ist daher bei den sich Abmeldenden in folgender Weise zu verfahren:

Jedes auf die Weise gehende Mitglied hat, sofern die Absetzung einer Karte Nr. 1

bis dahin noch nicht erfolgt ist, bei seiner Abmeldung eine solche Karte Nr. 1 auszufüllen und dem die Abmeldung vollziehenden Verwaltungsmittel zu übergeben. Hierauf erhält das abreisende Mitglied eine Karte Nr. 2, welche der Sicherheit halber vorher mit der Adresse des Verbandsvorstandes versehen ist. Erhält das Mitglied Arbeit, so hat es diese ausgesetzte Karte Nr. 2 an den Verbandsvorstand direkt einzusenden oder sofern sich am neuen Arbeitsort eine Verwaltungsstelle oder ein Geschäftsführer des Vorstandes befindet, sie diesem zu übergeben.

Mitglieder, die erst während der Meise oder während ihrer Arbeitslosigkeit dem Verband beigetreten sind, gelten vom Tage ihres Beitritts zum Verband als arbeitslos. Jedoch ist, um eine Feststellung der Zahl derselben zu ermöglichen, auf Karte Nr. 1 auf dem oberen Rand zu vermerken: „Beim Beitritt arbeitslos“ bzw. „beim Beitritt auf der Reise“.

* * *

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

Nr.
17016 des Klempners Emil Haugl, geb. zu Nöwein am 5. April 1869.
42133 des Schlossers Wilhelm Stut, geb. zu Segeberg am 24. Juni 1865.
47755 des Klempners Franz Schade, geb. zu Dessau am 7. November 1875.
87378 des Klempners Alois Stopp, geb. zu Langenreichen am 1. Juni 1876.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 7a auf Antrag der Verwaltungsstellen:

Pforzheim: wegen Denunziation: der Schlosser Otto Rud. Morlock, geb. zu Karlsruhe am 24. Jan. 1857, B.-Nr. 116405.

Nürnberg, Sekt. der Rothgießer, Gürler u.s.w.: wegen Streikbruchs:

der Dreher Karl Habicht, Buch-Nr. 124829.
der Dreher Jakob Reinhold, B.-Nr. 115785.

wegen Denunziation:
der Schlosser Josef Hagen, geb. zu ? am ? B.-Nr. ?

* * *

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart,
Hedderstraße 160, I,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerkern, wofür das Geld verbraucht ist.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Gießen. Zugang von Formern ist streng fern zu halten. Bericht folgt.

Gießerei und Gürler.

Berlin. In einer gut besuchten Gürlerversammlung, die am 8. Juni in Henke's Salon tagte, berichtete Genosse Otto Räther über den gegenwärtigen Stand der Aussicht, unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den Werkstätten von Frister und von Schäffer u. Dehlmann, die für Gürler vornehmlich in Betracht kommen. Die genannten Firmen gehören zu denen, wo es im Anschluß an die Mai-Aussperrung zum offenen Kampfe kam. Nedner führte aus: Die Werkstatt der Firma Frister sei fast voll besetzt, jedoch fehlten die Gießereiarbeiter. Von den 250 dieser Arbeiter, welche sich anfangs im Auslande befanden, sei leider abtrünnig geworden, und für sämtliche betreffs ihrer in Frage stehenden 24 Betriebe hätte man nur 17 Erfolgsfälle, 11 Former und 6 Gießerei-Arbeiter aufzubereiten können. Da ferner die Aufrufung einer ganzen Reihe von Betriebsunternehmern, sogar in Potsdam, in Folge des ablehnenden Verhältnisses ihrer Arbeiter erfolglos blieb, vermöge die Firma Frister (Inhaber Engel und Hegewald) nicht den benötigten Guss heranzuschaffen. Engel selbst habe am 7. Juni zugegeben, daß der Firma der Anstand bereits an 100 000 fl gekostet hätte. Wie wenig die Herren Engel u. Hegewald mit den jetzigen Standen der Dinge zufrieden seien, gehe hierbei ans eindrücklichste Sonnabend am Fabrikthor aufgebrachten Plakat des Inhalts, daß die alten Arbeiter der Firma, soweit Platz sei, wieder anfangen könnten. Der augenscheinliche Zweck der Veröffentlichung, Verwirrung in die Reihen der Ausständigen zu tragen, sei nicht erreicht worden. In einer Zusammenkunft hätten diese beschlossen, freilich nur unter den folgenden Bedingungen zu schließen, welche den Firmen-Inhabern am Dienstag, den 9. Juni unterbreitet werden sollen: Sämtliche zur Zeit Ausständigen sind wieder einzustellen; Mahnregelungen dürfen nicht statthaben; die Organisationen der Metallarbeiter sind anzuerkennen; zu einem bestimmten Zeitpunkt ist der Neunstundentag

eingeführen. — Einer Einladung des Nedner zu einer Versammlung, die an die bei Engel und Hegewald derzeit Beschäftigten gerichtet wurde, ist keiner derselben gefolgt. Während von den 125 Ausständigen von Frister 20 den Streik durch Aufnahme der Arbeit illusorisch zu machen suchten, haben sich noch Räther's ferneren Mitteilungen nur 3 von den 88 wegen der Meister ausgesperrten Arbeitern der Firma Schäffer u. Dehlmann dieser Ehre würdig gehalten. Nedner geizte dann scharf, daß der King der Armaturen-Fabrikanten eine soeben angekündigte filigranen Preiserhöhung seiner Produkte mit den gegenwärtigen Industriebeziehungen, d. h. dem von ihm selbst herbeigeführten Auslande und der Notlage der Arbeiter zu rechtfertigen suchte. Schließlich ermahnt Nedner die Versammelten, die Ausständigen energisch zu unterstützen.

Klempner.

Magdeburg. Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Klempner Magdeburg und Umgegend tagte am 6. Juni im Bürgerhaus. Zu erledigen war: 1. Berichterstattung, 2. weitere Stellungnahme zur Lohnbewegung. Kollege M. führte zunächst aus, daß die Kommission trotz reger Aktivität noch kein Resultat erzielt hätte. Die Meister seien zwar nicht abgeneigt, einer der Neuzeit entsprechenden Lohnforderung entgegenzukommen, wollten aber nicht mit einer Lohnkommission, sondern nur mit einem Gesellen-Ausschuß verhandeln ev. gleich zur Ausnutzung und Errichtung eines Innungs-Schiedsgerichtes schreiten. Dies war aber von der Kommission abschlägig beschieden, wozu die Versammlung sich zusammengesetzt hatte. Die weitere Stellungnahme zur Lohnbewegung rief eine lebhafte Debatte hervor. Kollege M. befürwortete eine gemeinschaftliche Versammlung der Meister und Gesellen so bald wie möglich einzuberufen, um allen Meistern unsere Forderung laut Beschluss in der am 25. April im Bürgerhaus getragten Versammlung, einen Minimalkahn von 37 fl pro Stunde und 80 fl für eben ausgelernte Gesellen, vorzulegen. Kollege M. versprach sich von dieser Versammlung nichts. Die Humanität der Meister hätten die Klempner seit langer Zeit kennen gelernt, haben sie es doch nicht einmal für nötig gehalten, auf den ersten Brief der Lohnkommission zu antworten, weshalb die Lohnkommission sich persönlich Antwort zu holen hatte, um schneller zu einem Resultate zu gelangen. Auf das zahlreiche Er scheinen der Meister wäre also nicht zu rechnen. Nach längerer Diskussion wurde über beide Anträge abgestimmt. Mit großer Mehrheit wurde der erste Antrag angenommen. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Angriffen der Leipziger Kollegen, welche behauptet hatten, daß 36 Klempner aus Magdeburg in Leipzig Arbeit angenommen hätten. Bei Verlesung des Briefes stellte es sich heraus, daß von 15 Kollegen, die von Auswärts gekommen und die Arbeit der Stricken den aufgenommenen, nur vier Kollegen (Meistersöhne, die dem Verband fern stehen) aus Magdeburg seien. Es sind dies die Klempner Bäzeler, Kippert berg, Schröder und Meier. Was nun die im Generalanzeiger veröffentlichte Annonce des Lehrers Kuhne betrifft, welcher tüchtige Klempner bei 40 fl Stundenlohn sucht, so wurde von verschiedenen Kollegen mitgetheilt, daß Lehrer Kuhne die Klempner nicht selbst angeworben habe, sondern ein Vertreter der Leipziger Firmen aufwändig gewesen wäre zur Einstellung der Gesellen. Dem entgegen behaupten andere Kollegen, daß sie selbst bei dem Lehrer Kuhne waren, durch dessen Vermittelung Leute eingestellt seien. Der Vorsitzende gab bekannt, daß vom Vorstand ein Schreiber an die Schulhöfe in Betrieb der Kuhne'schen Sache abgeschildert sei, das hoffentlich bis zur nächsten Versammlung beantwortet sein würde.

Wien. Die hiesigen Spenglergehilfen sind jedenfalls gedwungen, in einen Lohnkampf einzutreten. Es ist daher Pflicht eines jeden Spenglers, Sorge zu tragen, daß der Zugang nach Wien schon von jetzt an fern gehalten wird. Seit Jahren verschlechtert sich die Lage dermaßen, daß es unmöglich ist zu existieren. Die Kollegen sind daher gewillt, mit aller Kraft und Energie ihre gerechten und billigen Forderungen durchzusetzen. Sie fordern: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden. 2. Erhöhung des Lohnes um 15 Proz. 3. Minimallohn 10 fl. pro Woche. 4. Eine tägliche Wanzulage von 40 Kreuzer. 5. Weitergehenden sind mit 50 Proz. besser zu zahlen. 6. Bei Ablösearbeiten muß der vereinbarte Wochenlohn gesichert sein. 7. Anerkennung und Freigabe des 1. Mai als Arbeitersfeiertag. — Aufgabe der deutschen Spengler ist es daher, die Wiener Genossen in der Weise zu unterstützen, daß dafür gesorgt wird, daß kein Spengler nach Wien Arbeit nimmt.

Metallarbeiter.

Aachen. In der öffentlichen Metallarbeiterversammlung am 7. Juni referierte

Kollege Spiegel aus Düsseldorf über „Zweck und Zielen der gewerkschaftlichen Organisationen“. In dem 1½-stündigen Referat wurde den Anwesenden durch vielfache Beweise klar gemacht, daß die Arbeiterlage durch die freien Gewerkschaften verbessert werden könnte, weshalb es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, sich einer solchen anzuschließen. — Es wird hier in Aachen vielfach geäußert (ganz besonders von den Fabrern), ach, was nützt uns der D. M.-B., wir können ja doch nicht auf die Wanderschaft gehen; derselbe hat nur einen Zweck für die Schlosser etc. Wir sagen aber gerade das Gegenteil: nämlich, daß er den Fabrern am meisten nützt. Wenn wir im D. M.-B. organisiert wären (es sind in Aachen und Burtscheid 4000 Fabrern, jugendliche und weibliche Arbeiter eingeschlossen, davon sind etwa 2000 großjährig), so würde es ein Leichtes sein, in ganz kurzer Zeit einen allgemeinen Lohntarif, sowie einen normalen Arbeitstag zu erzielen, denn die Fabrikanten wären machtlos, aus dem Grunde, weil von Außen keine Arbeitskräfte für unsere Branche zu haben sind. Es wurde auch noch darauf hingewiesen, daß vielfach gedauert würde, sie (die Fabrern) könnten die 20-Jahresbeitrag nicht zahlen; wir könnten aber als Thatsache aufzeigen, daß von dem größten Theil der bessigen Arbeiter viel Geld für Tanz, Schnaps, Kartenspiel etc. verbraucht wird. Unseren organisierten Kollegen machen wir es zur Pflicht, bei jeder Gelegenheit den Unterschieden Obiges entgegenzuhalten. — Bei der Delegiertenwahl zum internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress am 27. Juli in London wurden Stimmen abgegeben für: M. Segiz-Fürth 69, C. Deisinger-Hamburg 1, J. Scherm-Nürnberg 9.

Berlin. Erklärung. In Nr. 25 der „Met.-Blg.“ Seite 6 Spalte 2 wird in einem Versammlungsbericht aus Hamburg gesagt: Daß das Berliner Agitationskomitee der Metallarbeiter der Firma Fleck in Hamburg Gürler und Rothgießer angeboten habe, trotzdem die Arbeiter der Firma Fleck ausgesperrt wären. Herr Fleck habe außerdem zum Beweise seiner diesbezügl. Behauptung einen Brief von uns vorgezeigt. — Wie können demgegenüber erklären, daß die Behauptungen des Herrn Fleck nichts weiter sind als eitel Flunkerei, durch welche nur Unsicherheit in den Reihen der Ausgesperrten herbeigeführt werden soll und ist diese unsaubere Manipulation des Herrn Fleck auch für die Arbeiter klar. Die diesbezügl. Behauptungen des Herrn Fleck beruhen also auf direkter Unwahrheit.

Die Agitationskommission des D. M.-B. für Brandenburg und Pommern.

S. A.: Hermann Faber, Berlin W., Flotowstr. 15, b. p.

Berlin V. Am 3. Juni hielt der Bezirk 5 (Süd-Ost) des D. M.-B. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach einem Vortrage des Genossen Dr. Pinn über Feudalismus und Kunstwesen wurde anstatt des abgereisten Kollegen Richter der Kollege Lubatsch zum ersten Hilfsklassirer, und daß die Notwendigkeit eines zweiten Hilfsklassirers hergestellt hat, Fräulein Leopold hiezu gewählt.

Pelkenhorst. Neben die Unsitten des sogenannten „Ginkandgebens“ möchte Schreiber dieses sich heute einige Worte erlauben. Nachdem ich zwei Jahre gezwungen war mein Brod außerhalb zu verdienen, trotz der größten Mühe, die ich mir gab, am liebsten Orte Arbeit zu erhalten, war es mir endlich vor einigen Wochen gelungen hier Arbeit zu erhalten. Bei der ersten Böhrung war nun von verschiedenen Herren — denn Kollegen kann man sie nicht nennen — die Frage: „Du wirst doch auch wohl einen Ginkand geben?“ Ist nun ein lediger Arbeiter lange gereist und hat er seine hämmische Kleidungsstücke vom Leibe gerissen, so hat er nach meiner Ansicht die erste Zeit vollaus zu thun, um sich die nötigen Kleidungsstücke für die paar Pfennige, die er vom Lohn übrig hat, anzufügen. Das ist ja enfalls nötiger und vernünftiger als einige Gläser Wein zu bezahlen, wodurch vielleicht der einzelne für 5 fl höchstens 10 fl belohnt. Wie hart es einem Familienvater kommt, der Wochen geseift, Ginkand zu zahlen, das zu sagen ist überflüssig. Vor einigen Jahren wurde im „Vorwärts“ und in der „D. M.-B.“ ein Ruf vom Vertreutennmann der Berliner Former veröffentlicht, welcher wegen seiner Aussichtlichkeit verdiente, von Zeit zu Zeit in den Gewerkschaftsblättern veröffentlicht zu werden, um diese so traurige Unsitten zu beseitigen.

Ettringen. Auf Anregung der Landeskongferenz in Offenburg haben wir beschlossen, einen Vertragskantone aufzustellen, welcher mit dem Fabrikarbeiter in direkte Verbindung treten und denselben auf das Gebiet von Schutzvorräten und sonstige der Gewerbeordnung zufolgendende Einrichtungen aufmerksam machen soll. Sämtliche Arbeiter, organisierte wie unorganisierte, werden ersucht, hierbei thätig mitzuwirken, damit die vielen Unglücksfälle endlich reduziert werden. Beschwerden können an den Vor-

sitzenden der hiesigen organisierten Arbeiter sowie im Verkehrslokal im Briefkasten abgegeben werden. Dieselben müssen Name und Wohnung des Beschwerdeführenden enthalten, sollen auch womöglich von einem Zeugen unterschrieben sein. Anonyme Briefe werden nicht berücksichtigt.

Frankfurt a. M. Wegen eingetretener Differenzen ist von der Maschinenfabrik Schräder u. Nüdiger, Hanauerlandstr., Zugang fern zu halten.

Gera. Die am 8. Juni abgehaltene öffentliche Versammlung war von 30 Metallarbeiter besucht. Als Delegierte zum internationalen Kongress in London wurde Segiz-Fürth einstimmig gewählt.

Barburg a. E. Am 13. Juni fand eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Rauf'schen Lokale statt. Genossen Deisinger aus Hamburg referierte über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und ihre Hebung durch die Organisation. Nedner führt aus: In früheren Zeiten herrschte eine andere Produktionsform als heute. Wenn auch damals die Lage der Arbeiter keine rosige war, so lag es doch im Interesse des Herrn, die Arbeitsfähigkeit seiner Untergebenen zu erhalten und für ihr leibliches Wohlgehen Sorge zu tragen. Hieraus kam das Handwerk in Blüthe, welches sich Jahrhunderte lang erhalten hat. Die Zahl der Gesellen war beschränkt und ein jeder hatte Aussicht, Meister zu werden. Aber auch diese Produktionsform konnte sich nicht halten und machte der kapitalistischen Platz. Durch Erfindung der Dampfmaschine, des Webstuhls und der Spinnmaschine wurde die Arbeitskraft der Männer teilweise überflüssig und an deren Stelle trat die Frauen- und Kinderarbeit. Die Lebenshaltung der Arbeiter sinkt mehr und mehr. Auch in der Metallindustrie wird Frauen- und Kinderarbeit viel verwendet, s. B. zum Bedienen von Schrauben-Schneidemaschinen, kleinen Drehbänken, zum Löten von Blechbüchsen etc. Durch unzureichende Ernährung bleibende Arbeiterkinder schwach und unentwickelt. Untersuchungen, welche an 10 343 Knaben und 10 830 Mädchen ange stellt wurden, ergaben, daß die Arbeiterkinder im Durchschnitt 3—5 Zentimeter kleiner waren, als die Bürgerkinder. Das Durchschnittsalter der Arbeiter beträgt 32 Jahre, jenes der Bürger 50 Jahre. Das kann so nicht weiter gehen, darum rufe ich jeder auf und trete seiner Organisation bei. Nur durch einmütiges Zusammenstehen ist es uns möglich, unsere Lage zu verbessern. — Folgende Resolution wird angenommen: „Die heutige im Rauf'schen Lokale tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden. Die Versammlung erkennt an, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen immer größere Massen brodlos macht und in das Elend treibt, und erblickt nur in der Befreiung dieser Wirtschaftsweise die endgültige Befreiung des Proletariats von dem Joch der Kapitalherrschaft. Da die Gewerkschaft aber die einzige Organisation ist, welche dem Unternehmertum einen festen Damm entgegensetzen kann und für Erhöhung des Lohnes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen eintritt, so erklärt sich die Versammlung bereit, den Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten und für dessen Ausbreitung und Kräftigung Sorge zu tragen.“ Hieran wurde zur Wahl eines Delegierten zum Kongress in London geschritten und erhielten Genosse Deisinger 81 Stimmen, Scherz 7 Stimmen, Segiz 5 Stimmen. In Verschiedenem wird von einem Kollegen angefragt, ob die Metallarbeiter gewillt sind, einen Minimallohn festzulegen. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte und war die Versammlung der Ansicht, daß wir in erster Linie unser Bestreben auf die Kräftigung unserer Organisation richten müssen, ehe wir solche Fragen mit Erfolg erledigen können.

Iserlohn. Die Sektion der Metallarbeiter hielt am 15. Juni ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende konnte der gut besuchten Versammlung die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Hälfte der hiesigen Metallarbeiter der Sektion schon angehört, er erwähnte die Mitglieder, immer mehr Kollegen heranziehen, damit wir in kürzester Zeit zu einer Macht gelangen, um die Lebendände, welche gerade in Iserlohn unter den Metallarbeitern herrschen, beseitigen zu können. Unter „Verschiedenes“ kam zur Sprache, ob die Sektion auch dem Kartell beitreten sollte. Dies wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen.

Leipzig. Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung fand am 7. Juni Vormittags 11 Uhr im Saale des Gasthauses zu Leutsch statt. An Stelle des verhinderten Genossen Hänsch referierte Kollege Salomon über die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige im Saale des Gasthauses zu Leutsch tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Salomon

einverstanden und verspricht, mit aller Energie für die weitere freiheitliche Bewegung aller Arbeiter einzutreten, indem sie anerkennt, daß nur durch Zusammensehen aller Arbeiter in Verbänden das ins Auge gesetzte Ziel erreicht werden kann. — Unter Werkstattangelegenheiten werden vom Kollegen Becker verschiedene Mißstände in der Eisengießerei von Edmund Becker u. Komp. in Leutzsch geschildert, an denen aber in erster Linie den Arbeitern ein großer Theil Schuld zugemessen sei. Eine dreigliedrige Kommission soll mit Herrn Becker wegen Abstellung unterhandeln und in einer späteren Versammlung Bericht geben. Weiter wird in der Versammlung herbe Kritik geübt an den Zuständen in der Bogenlampefabrik von Körting u. Mathiesen in Leutzsch, wo die Arbeiter Gelegenheit haben, im Allford 16—18 % zu verdienen. Bei den öfter vorkommenden Betriebsstörungen erzielen sie aber nicht einmal diesen Lohnsatz. Die Kantine wird durch einen Wirth bewirtschaftet; dafür müssen die Arbeiter alles theurer bezahlen als früher und obendrein ist im Fabrikstatut ein Passus vorhanden, wonach bei etwaiger Auflösung des Unterstützungs-fonds, der unterhalten wird mit den Über- schüssen der Kantine und den Strafgeldern, das Haarvermögen der Gemeinde Leutzsch überwiesen wird und zwar zur Vertheilung bei etwaiger Hilfsbedürftigkeit eines Körting'schen Arbeiters, der in Leutzsch wohnt. Erwähnt wurde noch, daß in der Eisengießerei von Thieme in Leutzsch die Arbeiter den 1. Mai feierten, dafür aber den ganzen Sonntag arbeiteten. Auch an den übrigen Sonntagen wird gearbeitet. Mit der Aufrichterklärung, nach der angenommenen Resolution zu handeln, wurde die Versammlung um 2 Uhr geschlossen.

Ludwigshafen. Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung fand am 30. Mai im Gartenzaale des Gesellschaftshauses statt. Landtagsabgeordneter Geis aus Mannheim sprach über: „Die Organisation und das Verhalten der Arbeiter zu derselben.“ Redner bespricht erstens die allgemeinen Verhältnisse im Metallarbeitergewerbe und untersucht dann die in diesem Frühjahr geführten Streiks, speziell in Mannheim, einer näheren Kritik. Die Ausführungen gipfelten darin, daß bei einem Streik nicht bloß die Kollegen daran betheiligt sein sollen, die kurz vor oder während des Streiks zugezogen sind, sondern wenn ein Streik zu Gunsten der Arbeiter durchgeführt werden soll, muß ein geschultes, von Gewerkschaftsfragen durchdrungenes und in jeder Hinsicht standhaftes Arbeiterheer vorhanden sein. Und wo letzteres der Fall war, ist bis jetzt auch fast jeder Streik zu Gunsten der betreffenden Arbeiter durchgeführt worden. Als dann besprach der Vorsitzende die Verhältnisse der hiesigen Metallarbeiter und führte an, daß bei verschiedenen Meistern ein Lohn von 20 M die Stunde bezahlt wird, womit man doch nicht existiren kann. Bei der Delegiertenwahl zum Londoner Kongress wurde Segiz-Fürth mit 41 Stimmen gewählt.

Mögeldorf. Am 8. Juni wurde eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung abgehalten. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung Delegirtenwahl für London, erhielt Genosse M. Segiz-Fürth die 53 abgegebenen Stimmen.

Osterwieck a. S. In der Versammlung am 7. Juni wurde die Wahl eines Delegirten für London vorgenommen und einstimmig mit 8 Stimmen Kollege Delsinge-Hamburg gewählt.

Stuttgart. Am 13. Juni nahm eine im Gasthaus zum „Hirsch“ wäfig bejügte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung Stellung zu dem im Juli dieses Jahres in London stattfindenden Metallarbeiterkongress und der Beschiebung desselben. Das Präsidat hatte Kollege Schäfer übernommen. Von der geschichtlichen Erfahrung ausgehend, daß, wie die gesamme Erwerbs- und Geistesfähigkeit der zivilisierten Nationen sich immer mehr international ausbaue und die zum größten Theil funfzig errichteten Schranken

innerhalb des Wölferverkehrs bejective und so das internationale Prinzip zur Lebensnorm der Gesellschaft erhebe, so bedürfen auch die Arbeiter der internationalen Vereinbarungen und Abmachungen zur gemeinsamen Aktion im Klassenkampf. Sodoch für jeden noch hinsichtlich der Bedeutung internationaler Vereinbarungen keinen Illusionen einzulassen, wie er auch unbedingt vor einer Unterstreichung warnen möchte. Denn was wir jetzt vorbereiten und auszubilden, können den Arbeitern später sehr zu Nutzen kommen. Die von uns auszubildenden internationalen Beziehungen der Metallarbeiter haben jedoch nur dann einen Werth, wenn die Arbeiter der einzelnen Länder in sich fröhligefügte, möglichst einheitliche Organisationen haben, welches leider nicht überall der Fall sei. Es dürfte daher die Hauptaufgabe des Kongresses sein, die Metallarbeiter aller Länder zur Bildung einheitlicher Organisationen innerhalb der Industrieverbände aufzufordern und ihnen nahe zu legen, daß die Störung der Organisation im eigenen Lande den Anfang einer internationalen Beziehungen

vorangehen und ihr als Grundlage dienen müsse. Sobald die Arbeiter im eigenen Lande stark und einheitlich organisirt sind, so entwickelt sich die Verhältnisse der internationalen Solidarität von selbst, die jedoch vernünftiger Weise nur dann Platz greifen kann, wenn die einzelnen Landesorganisationen gegenüber der Führung der Lohnkämpfe im eigenen Lande überflüssige materielle Mittel zur Unterstützung der Kämpfe im Nachbarlande haben. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat trotz der zahlreichen Lohnkämpfe, die er in letzter Zeit geführt, die ausländischen Kollegen mehrmals unterstützt, z. B. die ausgesperrten Genter Metallarbeiter mit 1000 M., die Wiener Metallarbeiter mit 1000 M. Auch im Inlande habe der Verband die Arbeiter anderer Berufe (Textilarbeiter in Cottbus) unterstützt; jedoch müsse er die Art und Weise, wie speziell die böhmischen Kollegen die Unterstützung durch die deutschen beanspruchen, als groben Unfug bezeichnen, dem entgegenzutreten der Kongress die Pflicht habe. Bezuglich der Regelung des Reisegeldwechsels ist Stedner der Ansicht, daß eine einheitliche Regelung dieser Frage auf Grund der Verschiedenheit der einzelnen Landesorganisationen zur Zeit unmöglich sei und empfiehlt er daher den Abschluß von Kartellverträgen der Organisationen untereinander. In Bezug auf die Aufhebung oder den Fortbestand des internationalen Informationsbüros empfiehlt er dessen Abschaffung in der jetzigen Form und schlägt die Einsetzung eines internationalen Metallarbeitersekretärs vor und Verlegung des Sitzes nach England oder Deutschland. Beide Länder haben eine weit höher entwickelte Eisenindustrie und weit leistungsfähigere Organisationen als die Schweiz und sind demnach, als im Brennpunkt der Bewegung liegend, zum Ausbau derartiger Klirrkungen viel geeigneter als jene. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl eines Delegierten zum internationalen Kongress wurde Genosse Segitz-Füth mit 76 von 79 abgegebenen Stimmen gewählt. Als dessen Erstzahmann wurde der Redakteur des Verbandsorgans, Genosse Scherm, bestimmt.

Spremberg. Am 10. Juni fand hier eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher G. Faber-Berlin über Kapital und Arbeit einen anderthalbstündigen Vortrag hielt. In der Diskussion sprachen die meisten Redner im Sinne des Referenten, nur die Harmonieapostel, welche versuchten, die Versammlung zu fören, entfalteten eine besondere „Redegezwandtheit“, kamen dabei aber so in Widerrufe, daß ein anhaltendes Gelächter der Zuhörer für sie war. Sie mußten schließlich den Rückzug antreten. Eine Resolution, welche gegen die Stimmen der Apostel, 7 an der Zahl, angenommen wurde, lautete: „Die heutige versammelten Spremberger Metallarbeiter erklären es als Pflicht eines jeden Arbeiters, einer Gewerkschaftsorganisation anzugehören, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, da nur durch eine solche Organisation bei wirtschaftlichen Kämpfen dem Arbeiter ein wirklicher Rückhalt geboten wird.“ Zum Schluß ließen sich a. 20 Mitglieder aufnehmen, so daß eine Zahlstelle errichtet werden könnte, was wir alle mit Freuden begrüßen.

Triberg. Am 6. Juni fand hier eine
wochentlich besuchte Fleißarbeiterversammlung
statt, trotzdem die Mitglieder persönlich ein-
geladen wurden. Hauptpunkt der Tages-
ordnung war Neuwahl eines Bevollmächtig-
ten und Abstimmung über die Gründung
eines Elterbvereins. Für den abreisenden
Collegen Simon wurde Heinrich Müller zum
Bevollmächtigten gewählt. Der 2. Punkt
wurde erledigt, indem ein College den An-
wesenden erklärte, wie die Statuten des
Elterbvereins lauten sollen. — Die Collegen
werden aufmerksam geweckt, alle Sendungen
für die Verwaltungssäule an Heinrich Müller,
former, Frei-Amt Triberg zu ebreiten;
ausdrücklich wird bestellt, daß derselbe wäh-
rend der Arbeitszeit nicht zu sprechen ist.

Wandsbek. Eine öffentliche Meisselarbeiterveranstaltung fand am 13. Juni in der Zentralherberge statt, in welcher Geistige Süssinge über Brot und Blüten des Deutschen Reichsarbeiter-Bundes referierte. Wedder unterließt sich seiner Anfangsrede zur vollen Zufriedenheit der Zuhörer. Da der Mission beiheiligten für die Kollegen Schneider und Oberndig, welche den Auswahlgremien am 3. März legten, den Ausführungen des Meisselarbeiter gewiß für der Organisation anzuhören. Zum zweiten Punkte, betreffend den internationalen Meisselarbeiter-Kongress in London, stellte College Schönis vor, daß es notwendig sei, diesen Kongress zu verschieben. Bei der Delegationswahl wurden folgende eingesetzten Deipinger, Segis und Schott, von welchen Deipinger 1 und Segis 27 Stimmen erhielt. Seitens Meissel der Aktionärskommission gab Schottler bekannt, welches Brot die Stottrösser habe und daß sie hier am Ort noch nicht wird zu finden habe. Es wurden dann die Kollegen Schneider,

Debergig und Hoffmann in die Kommission gewählt; weiter wurde Klage geführt, daß hier größere Fabriken seien, von deren Arbeitern nur wenige oder gar keine dem Verband angehörten, und in etlichen derselben Fabrikordnungen bestehen, die der Gewerbeordnung widersprechen.

Wilhelmsburg. In der Versammlung des D. M.-V. am 13. Juni war Fortsetzung der Debatte betreffs Kolportage des Fachorgans. Kollege Schöppens stellte den Antrag, dem Kolporteur Brüdjam die Verbreitung des Fachorgans zu übertragen, welches einstimmig angenommen wurde. Ferner wurde der Antrag: zwei Bezirkskassiter zu wählen, ebenfalls angenommen und die Kollegen Harre und Schnor gewählt. Zu: „Zweck und Nutzen des Gewerkschaftskartells“ eb. Wahl zweier Delegirter“ führte Genosse Tulle aus, daß das Unternehmertum Kartelle, Trusts u. dgl. gebildet habe um den Arbeiter zu unterdrücken. Die Kollegen Schöppens und Radloff wurden als Delegirte zum Gewerkschaftskartell gewählt. Dräger machte bekannt, daß er Beschwerde wegen unserer aufgelösten Mitgliederversammlung beim Landrat eingereicht habe bis jetzt sei aber keine Antwort erfolgt. In der nächsten Mitgliederversammlung soll über „Vereins- und Versammlungsrecht“ ein Referat gehalten werden.

Wien. In der Metallwarenfabrik von Dürkopp sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Schleifern ist fernzuhalten.

Mechanifer.

Hannover. Nach Aufforderung einiger Mechaniker erfolgte von der hiesigen Abstimmungskommission die Übertragung einer öffentlichen Mechanikerversammlung für den 18. Mai, welche gut besucht war. Folgende Resolution wurde angenommen: „In Anbeacht der heutigen wirthschaftlichen Lage und um für unsere Interessen besser wirken zu können, beschließt die heutige öffentliche Mechanikerversammlung, sich dem D. M.-B. anzuschließen und eine Section der Mechaniker und verwandter Berufsgenossen in's Leben zu rufen.“ — Am 9. Juni fand die erste Sectionsversammlung im „Passage-Restaurant“ statt, wotin die Wahlen stattfanden. Gewählt wurden: C. Hagemann als Bevollmächtigte, R. Kobelt als Kassirer, A. Hampel, A. Rebat, W. Higmann als Revisoren. Der Mitgliederstand ist über 40, so daß wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken können.

Giebmacher

Stuttgart. Am Pfingstmontag fanden sich die hiesigen Siebmacher u. v. B. im Rathaus zum „Hirsch“ zu einer Besprechung ein. Das Material der Besprechung war die verschiedenartige Arbeitszeit in den hiesigen Werkstätten. Der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Stuttgart des D. M.-V., Kollege Frisch, schilderte in kurzen Worten den Zweck und Nutzen der Organisation und betonte, daß nur durch letztere etwas zu erreichen sei; er forderte die anwesenden Kollegen auf, nach dem Deutschen Metallarbeiter-Verbund einzuschließen. Der Einberufser Kollege Schwarzer stellte den Antrag, eine eigene Section zu gründen, was mit Beifall aufgenommen wurde. Die vorgenommene Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Resultat: Stob. Baumann, Bevollmächtigter, Georg Grieshaber, Kassier, Friedr. Fenfert, Schriftführer, Aug. Lindauer, Joh. Plattner, Revisor. — Der Zugang von Siebmachern nach Stuttgart und Umgebung ist wieder frei. Korrespondenzen sind an den Bevollmächtigten: Stob. Baumann, Siebmacher, Stuttgart, Postenstraße 10, III, zu richten.

Freienhauer

Jahr. Den Kollegen zur Nachricht, daß Herr Schneider (Heilenhauer) sich dahin überte, gewisse Zellen schleifen zu lassen und diejenigen, die er hobelt, selbst zu Särgenbuden oder wo man gerade keine geschlossenen da sind, könne sie ein Arbeiter sich selbst zuschaffen. Zu Weiteren wird Herr Schneider im Laufe dieses Jahres einen Schleissstein hängen lassen. Mit möglichen noch beifügen, daß der Schleißhauer in Nr. 23 nicht im Sinne des Füllsche handelte, indem er den Stempel sich eigenmächtig aneignete.

Schweidnitz. Dem „Verfänger“ von
Schrotten war eine kleine Berichtigung. Dieser
„Verfänger“ weiß es nicht, daß ich selbst
eine alte Urkunde von Frau Busch entlassen
worden bin. Sie hat mir noch die Papiere
ausgeföhrt und die „Entlastung“ steht dem
Herrn also gut zur Verfügung. Dem Herrn
Verfänger will ich nun sagen, wie mir auch
seine Arbeitgeberin in einer Sache schrieb:
„Sollte es warten kann einem ein jeder Lump“.
Lebtagens freue ich mich davon ab, denn unsere
Zeitung ist nicht dazu da, daß wir uns gegen-
seitig zanken, das scheint Herr Heller noch
nicht zu wissen. Auch hatte ich ja gar nicht
die Sache in meinem Artikel angegriffen.
Aber will ich noch kurz Herrn Heller über den
eigentlichen Zweck dieses Schreibens unter-
richten. Ich verbitte mir überhaupt, noch
einmal den Schneider „meinen“ Kollegen zu
heauten. Sollte er in der seinige. Was

die Arbeit anbelangt, kann ich ihm nur sagen, daß wir 6 Zeugen sind, die es beweisen können, daß er noch schlechter gearbeitet. Als er als Fremder kam, meinte er: „Ich bin auch Feilenhauer, möchte fragen, ob hier nicht Arbeit ist.“ Als ihm ein Kollege sagte, ob er denn nicht wüßte, wie er kommen soll, da ist er fortgelaufen. Nun sind wir zwei ihm auf die Herberge nachgegangen und haben ihm zugeredet, daß er sich nicht fürchten soll und arbeiten kommen könne. Da haben wir die Bescheerung gesehen. Zwölfzölligen Halbrunden hat er den Rücken verhunzt, daß sie gar nicht anzusehen waren. In der Bude wird's ja mit der Sauberkeit nicht so genau genommen, aber diese Flachseiten mußte der Meister doch wieder ausschaben. Dass er sich vielleicht jetzt besser eingearichtet, will ich gar nicht bezweifeln, dann hat er es nur uns zu verbauen. Ein anderer Meister würde ihn nicht einen Tag behalten haben. Wir bekamen aber acht Tage darauf den Dank. Als unser Kollege mit Geider den Krach hatte, ist es der Schneider gewesen, der gleich zwei Schuhleute holte und schrie: „Das sind die Zwei.“ Den Kollegen haben sie zwei Tage eingesperrt. Es wären noch einige schöne Thaten von dem Sch. zu verzeichnen, aber es ist schade um den Raum in der Zeitung. Nur wollte ich noch den „Werksführer“ ersuchen, doch selbst einmal die hiesigen Verhältnisse studiren zu kommen, da könnte ich ihm auch gleich Einsicht in die Briefe geben, die ich über seine Persönlichkeit von unbekannter Hand empfing. Vielleicht läßt sich der andere Artikelschreiber auch hören.

„Schweizer Artikelschreiber“.

wurde die Generalversammlung vom 1. Vor-
schieden mit einem Hoch auf die Kasse ge-
schlossen.

Abrechnung der Hauptkasse pro Mai 1896.

Einnahme. Kassenbestand vom Monat April M 459 591,85. Von Nachsen M 50. Althausen 45. Altena 70. Altendorf 1 100. Annweiler 4,51. Aschaffenburg 200. Auerbach 24. Baden - Baden 37,10. Bamberg 100. Barmen 200. Barop 100. Banzen 60. Benrath 100. Bergedorf 50. Berlin I 400. Berlin II 400. Berlin III 400. Berlin VI 500. Berlin VII 600. Berlin VIII 300. Beyendorf 4,80. Beihingen 50. Bieker 200. Bischofshofen 200. Bornheim 100. Brandenburg a. d. H. 100. Braunschweig 800. Breslau 400. Brüg 30. Buckau 400. Bürgel 150. Cannstatt 200. Chemnitz 150. Cöln-Nord 100. Connewitzer 40. Cottbus 60. Crumbach 50. Cüstrin 100. Dallendorf 80. Daubringen 30. Delstern 150. Derendorf 100. Dessaу 100. Deuben 100. Dieritz 100. Döss 100. Dresden - Neustadt 200. Eberstadt 60. Eibelstadt 34,56. Eilenburg 81. Ertinghausen 150. Ellerbeck 100. Enshain 50. Eppenhausen 25. Erfurt 200. Eslingen 150. Faurndau 90. Flensburgerwalde 100. Frankfurt a. M. 100. Frankfurt a. O. 200. Freiberg i. S. 70. Friedberg i. H. 28,45. Friedrichshagen 50. Friedrichstadt-Magdeburg 100. Fulda 50. Fürth 300. Gaarden 150. Gaggenau 150. Gassen-Sommerfeld 100. Geisenhain 100. Gelsenkirchen 100. Gera 50. Geräumühl 60. Gleichenstein 300. Glashütte 20. Gorbitz 100. Görslitz 50. Grebenbroich 50. Gröbungen 50. Großenbaum 91,60. Groß-Ottersleben 80. Güsten 50. Hagen 250. Hagsfeld 100. Halle a. d. S. 200. Hamburg i. Stadt 100. Hamburg-St. Pauli 75. Hamburg-Billwärder 60. Hamburg-Rothenburgsort 100. Hamm a. d. L. 150. Harburg 100. Hattingen 60. Haufen 20. Heide 78. Heidelberg 100. Hemelingen 100. Hessheim 100. Höchst a. M. 150. Hörde 150. Hunboldtskolonie 100. Isselohne 250. Jüchsen 100. Kalk 150. Kendenich 80. Kirchditmold 50. Kirchheim u. T. 50. Kleeßfeld 100. Konstanz 100. Kostenau 220. Landshöfen a. d. W. 100. Langenstadt 20,10. Laufach 70. Lechhausen 100. Leipzig 150. Limbsdorf 50. Lierenfeld 75. Limbach 60. Limburg 100. Lindenthal 75,20. Loschwitz 60. Lüdenscheid 200. Magdeburg 100. Mainberghausen 50. Mannheim 400. Marburg 100. Meichen 100. Memel 74,10. Mörtz b. Frankenthal 100. Montigny 80. Mühlhausen i. Th. 250. Mühlheim a. M. 70. Mühlheim a. R. 150. München 400. München - Gladbach 80. Münzen 4,80. Münster 35,95. Münden 1,20. Neckarau 200. Neinstedt 20,40. Neusiedlung 50. Neustadt a. d. H. 100. Neuweid 50. Nieder-Ingelheim 100. Niederrad 200. Nippes 70. Oberhausen 1 150. Oberrad 100. Oberthausen 120. Oldenburg 40. Peggisch 38,25. Petersberg 50. Pforzheim 100. Plauen b. Dresden 100. Preuzlau 50. Quedlinburg 100. Rabenau 100. Randenacker 100. Ravensburg 40. Reichenbach 20. Reinhardswald 130. Niedersburg 100. Niedert 100. Mintheim 100. Nobenkirchen 80. Nonnorf 60. Roth a. S. 100. Höhe 30. Saarbrücken - Malstatt 100. Saargemünd 50. Sangerhausen 40. Schladern 100. Schleswig 50. Schmiedenbrück 50. Schneideberg 100. Schornbork 35. Schöneberg 100. Schramberg 180. Schweinfurt 200. Schwerte 300. Seckenheim 70. Siegburg 290. Siegen 21. Sohlen 40. Speldorf 50. Speyer 75. Erfurt 100. Stettin 50. Stollberg i. S. 26,10. Stuttgart 150. Striegau 21,70. Südenburg 300. Thale a. d. S. 300. Troisdorf 100. Untergrumbach 60. Unterliederbach 5,60. Vingst 100. Vörde 37. Voßwinkel 80. Wangen 100. Wehringhausen 100. Wabgesen 40. Wehlheiden 100. Weimar 150. Weisenau 25. Weissenburg 100. Werdohl 60. Werne - Kolonie 150. Wettheim 60. Westhofen-Eisen 25. Wettmar a. d. S. 150. Witzen 400. Wolfenbüttel 50. Würzburg 150. Zeulenroda 100. Birndorf 200. Bödigheim 125. Beiträge von einzelnen Mitgliedern 362,40. Abgeordnetensteuer 6,40. Vergütung an Porto 12,46. Von Berlin IX 0,45. Sonstige Einnahmen 0,91. Summa: M 485 363,89.

Ansage. Nach Alsfeld M 75. Altendorf II 100. Altena 50. Bilk 100. Bochum 400. Brück 50. Darmstadt 100. Dorf 100. Dortmund 80. Görlitz 150. Gummersbach 50. Kloster 100. Mainz 100. Münden 50. Ochsenhausen 50. Offenburg i. B. 200. Penig 30. Recklinghausen 237. Rüppurr 70. Schlaubern 100. Steele 100. Straubing 50. Wiesloch 50. Krankengeld an: F. Borgmeister, Horst-Guischer 21,45. E. Dörner, Großenhain a. M. 12,60. L. Eritropal, Bittau 35,70. F. Flossinger, Kelheim 23,10. G. Gehring, Bremen 25,20. C. Heuß, Bredenbach 16,80. H. Käfer, Erbach 23,70. J. Lowitsch, Horsthausen 9,90. M. Müller, Bucha 29,70. R. Schröder, Dörsnitz 19,80. G. Schneider, Mühlhausen i. E. 29,40. G. Seller, Föhrenreuth 21. F. Sprengel, Tangermünde 23. A. Wagener, Lünen a.

b. L. 9,90. Gehalt an die Beamten der Hauptverwaltung 905. Vergütung an die Revisionskommission für Revision der Hauptkasse 14,60. An dieselbe für Schiedsgerichtsrichtungen 165. Vierteljährliche Miete 225. Drucksachen 871. Porto, Schreibmaterial u. s. w. 278,04. Mietkosten und Diäten an 93 Abgeordnete zur Generalversammlung nach Bamberg 10 626,40. An 6 Vorstandesmitglieder 884,40. 1 Ausschusshauptglied 121,80. 1 Mitglied der Revisionskommission 143,80. Vergütung an das Lokalkomitee 78. Sonstige Unkosten der Generalversammlung 148,10. Summa: M 17 169,89.

Vilance.

Einnahme M 485 363,89.

Ausgabe " 17 169,89.

Kassenbestand M 468 194,-.

C. Butenuth, Hauptkassirer.

* * *

Bekanntmachung.

Bei der stattgehabten Konstituierung der Revisionskommission wurde

F. W. Schauer zum Vorsitzenden,

H. Braub als Stellvertreter,

O. Lüssow als Schriftführer

gewählt.

Die schiedsgerichtlichen Funktionen betreffend ist zu beachten, daß laut Beschluss der Generalversammlung an Bamberg fernerhin die Revisionskommission, die jetzt aus dem Vorsitzenden und 4 Mitgliedern besteht, ständig das Schiedsgericht bildet. Schiedsrichter sind von den Parteien nicht mehr zu ernennen.

In den übrigen Punkten wollen die Bevollmächtigten die Veränderungen aus dem Protokoll der Generalversammlung ersehen.

Alle Zusendungen an die Revisionskommission, die Berufungen an das Schiedsgericht, letztere nur durch den Bevollmächtigten, sind an die Adresse des Unterzeichneten zu richten. Briefe sind ausreichend zu frankiren. Die Adressen der betr. Absender sind genau anzugeben.

Hamburg-Barmbeck im Juni 1896.

Mit Gruß

Die Revisionskommission:

Im Auftrage:

F. W. Schauer, von Essenstraße 60.

N u f u f.

An die Metallarbeiter Thüringens.

Werte Kollegen! Laut Beschluß der Thüringer Metallarbeiter-Konferenz ist mir das Amt eines Vertrauensmannes für Thüringen übertragen und die Orte Altenburg, Zeitz, Saalfeld, Gotha und Nordhausen sind für die Agitationsskommission gewählt. Ich möchte nun die Kollegen der genannten Orte ersuchen, Mitglieder in diese Kommission zu wählen und mir die Adressen derselben so schnell wie möglich mittheilen zu wollen. Ferner erinnere ich an den Beschluß, daß jede Filiale pro Quartal und Mitglied 5 M an mich abzuliefern hat und wollen die geehrten Bevollmächtigten dafür sorgen, daß der Beitrag für das nächste Quartal so schnell wie möglich abgeliefert wird, damit wir auch in die Agitation eintreten können. Ich ersuche darum auch diejenigen Zahlstellen Thüringens, die auf der Konferenz nicht vertreten waren.

Dann gebe ich eine Anzahl Thüringer Städte bekannt, wo es uns zuerst möglich sein wird, Filialen zu gründen: Altenstadt mit 18 000 Einwohnern, Eisfelden 24 000, Heilsbergstadt 7000, Langensalza 12 000, Meiningen 12 000, Naumburg 20 000, Rudolstadt 12 000, Görlitz 5190, Hildburghausen 6000, Ilmenau 7000, Salzungen 5000, Sömmerda 5000, Sonderhausen 7000, Sonneberg 11 000, Waltershausen 5500. Dann noch folgende Orte, von denen mir die Einwohnerzahl nicht bekannt ist: Kanterberg, Mausfeld, Ohrdruf und Eisenach. Alles dies sind Orte, wo die Metallindustrie mehr oder weniger vertreten ist; aber jedenfalls besitzt der Ort so viel Metallarbeiter, daß es sich lohnt, eine Filiale zu gründen. Die Gothaer Kollegen mögen sich zuerst nach Altenstadt und Ohrdruf wenden und diese Orte bearbeiten, die Eisenacher und Coburger nach Salzungen, Hildburghausen, die Mühlhäuser nach Sömmerda und Langensalza; die Nordhäuser nach Lauterberg, Sondershausen; die Sangerhäuser nach Querfurt, Eisfelden, Mansfeld; die Erfurter nach Ilmenau; die Saalfelder nach Rudolstadt, Sonneberg, die Altenburger mögen Görlitz, Schmölln, Zeitz (ist schon organisiert), Eisenberg und Großheringen unter ihre Fittige nehmen.

Kollegen, wenn es uns gelingt, in diesen vorgenannten Städten, wenigstens einer Anzahl derselben, Filialen zu gründen, dann ist es wiederum ein Schritt vorwärts, aber dazu bedarf es der ganzen Aufopferung jedes Einzelnen. Darauf ersuche ich, überall, wenn möglich, mundliche Rücksprache zu nehmen und mir Mittheilung zu machen, damit wir Versammlungen abhalten und Filialen gründen können.

Also, Kollegen, frisch ans Werk, damit

unsere Beschlüsse, die wir in Erfurt gesetzt haben, auch von Erfolg gekrönt sind.

Mit kollegialem Gruß
H. Leber, Apolda,
Andreasstr. 24.

An die Schläger Deutschlands!

Wir machen hiermit alle Schläger darauf aufmerksam, daß die Metallschläger in Prag in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Ihre Forderungen sind: 20 Proz. Lohn erhöhung und Einführung der 10stündigen Arbeitszeit.

In Anbetracht dessen ist es Pflicht aller Schläger Deutschlands, den Prager Kollegen in jeder Beziehung ihr Solidaritätsgefühl zu bekunden, wie diese dasselbe jeder Zeit uns gegenüber gehabt haben.

Vor Allem ist der Zugang von Schlägern nach Prag fern zu halten.

Der Vertrauensmann der Schläger Deutschlands.

J. B.: M. Höller, Fürth.

Abrechnung über den Streik der Schlosser und Dreher auf der Lübecker Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft

in der Zeit vom 9. bis 19. März 1896.

Einnahmen: Vom Hauptvorstand des D. Werk.-Verb. M 1000. Von der Zahlfeststelle Lübeck des D. W.-V. 267,20. Auf am Orte ausgegebene Sammellisten 442,60. Im Einzelnen gingen noch ein auf Lübeck: Gastwirth Stoßers, Depenan 3. A. B. 1. R. R., unbekannt 7,40. Former b. Sch. 31,30. Gastwirth Dahme, Mengstr. 2. Unbekannt b. R. 0,50. Do. 0,50. Wismar 8,10. Wiesbaden, b. A. 2,85. Solingen 10. Flensburg b. P. 1. Rate 24,90. Kiel 30. Lüneburg 10. Görslitz 6,50. Danzig, b. Chr. 3,20. Flensburg, b. P. 2. Rate 20,85. Lüneburg 4,85. Cüstrin 0,50. Erfurt, b. Fr. 7,95. Liegnitz 1,60. Lauenburg 4,50. Neudorf 2,20. Tübingen 1. Bad. 1,20. Neustadt i. Mecklenb. 6,85. Summa M 1901,55.

Ausgaben: Für Streikunterstützung an: 24 Wertheirathete mit 58 Kindern für 235 Tg. M 667,90. 12 Unverheirathete für 115 Tg. 253,60. An den Hauptvorstand zurückerfordert 500. Streikende Textilarbeiter in Rostock 100. Entschädigung für Versäumnisse nicht am Streik beteiligter Personen 54. Verpflegung an Zugereiste an F. Lecke 12,40. Fahrkarten und baat an Zugereiste 13,15. Annoucien in Nr. 49, 50 und 69 d. "Lüb. Postbl." 11,10. Porto (2 Telegr., 3 eingeschriebene Briefe, 9 einf. Briefe, 45 Postkarten, 46 Birkulare, 69 Sammellisten nach Auswärts, 16 Postsendungen, 5 Strafporto) 11,09. Schreibmaterial und Druckarbeit 10. Abonnement für die "Eisenbahn-Ztg." 0,70. Summa M 1633,99.

Bilanz.

Einnahme M 1901,55

Ausgabe M 1633,99

Kassenbest. am 25. Mai M 207,56.

Revidirt und mit den Belegen in Über-einstimmung gefunden

Lübeck, den 25. Mai 1896.

Die Revisoren:

F. W. Schuster, O. H. Heinrich, R. Benz.

Tehnisches.

Mit welchen Mitteln die Geschwindigkeit auf See erkannt wird, zeigt ein in der "Société des Ingénieurs civils" zur Sprache gebrachtes Beispiel. Das Schiff City of Paris ist 170,8 m lang, 19,25 m breit, 13,11 m hoch und 10 500 Tonnen schwer; um diese Masse mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 19,95 Meilen, d. h. 31 Kilometer in der Stunde fortzubewegen, hat man sie mit Maschinen versehen, welche 20 000 Pferdestärken entwickeln können. Diese verbrachten zur Lieferführung des Dampfers in weniger als sechs Tagen über den Atlantischen Ozean täglich 300 Tonnen Kohlen, auf der ganzen Strecke also 1800 Tonnen. Die beiden Schrauben machen 88 Umdrehungen in der Minute. Theoretisch würden diese Maschinen genügen, um den Gischtthurm in 25 Minuten 300 Meter hoch zu heben. Rechnet man, daß 1 Kilogramm Kohle 8,5 Kilogramm Dampf erzeugt, so würden bei dem täglichen Kohlengebrauch von 300 Tonnen in jeder Sekunde 30 Liter Wasser in die Kessel treten müssen; für die ganze Reise ergibt das 15 552 Kubikmeter, also genügend, um ein Feld von 50 Hektaren 3 Centimeter hoch zu überschwemmen. Diese Zahlen verschwinden aber noch vor denjenigen, welche sich aus

der Berechnung der zur Kondensation des Abdampfens nötigen Wassermassen ergeben. Unter der Annahme eines Kühlwasserbedarfs von 40 Kilogramm auf jedes Kilogramm Dampf zeigt ein einfaches Rechnerexemplar, daß die Zirkulationspumpen 1200 Liter Wasser in der Sekunde, das heißt 622 080 Kubikmeter während der ganzen Fahrt in Bewegung zu setzen haben; diese Menge würde ausreichen, um auf dem erwähnten Felde einen See von 1,24 m Tiefe zu bilden und die verbrauchten Kohlen könnten diejenigen See um etwa 20 Grad Celsius erwärmen.

Gerichts-Zeitung.

Eine wichtige Entscheidung des Gewerbege richts zu Lüdenscheid. Vor einer Zeit waren Differenzen zwischen der Firma Eduard Queck in Lüdenscheid und einem Theil ihrer Schleifer ausgebrochen. Veranlassung hierzu bildeten die von der Firma geplanten Abzüge für das im Winter 1895/96 gebrauchte Gas, trotzdem keinem der in der Fabrik im Tagelohn beschäftigten Arbeiter jemals solche Abzüge gemacht worden und insbesondere auch mit den Schleifern dies nicht vereinbart war. Auf Vorstellung der betreffenden Arbeiter wurde der Schleifer Ludwig Schulz gefündigt. Seine Kollegen erklärten sich nun mit ihm solidarisch und reichten ebenfalls die Kündigung ein. Sieben davon haben dieselbe hochgehalten, während drei allen möglichen Manipulationen erlegen sind und ihr Wort gebrochen haben. Beim Abgang erhielten die Arbeiter statt eines vorchristlich-moralischen Zeugnisses, einen Urteilssatz. Ein solcher war am 11. Juni gegenstand der Verhandlung vor dem Gewerbege richt. Kläger war der Schleifer Ludwig Schulz, dessen "Zeugnis" folgenden Wortlaut hatte: "Der Schleifer Ludwig Schulz hat vom 25. September 1895 bis 23. Mai 1896 in meiner Fabrik gearbeitet. Mit seinen Leistungen bin ich zufrieden gewesen. In Bezug seiner Führung während der Arbeitszeit habe ich nichts auszusetzen gefunden, bis ich am 9. Mai wegen der Art seines Auftretens in Folge einer Befragung mich veranlaßt sah, ihm zu kündigen. Lüdenscheid, den 23. Mai 1896. Eduard Queck". — Nach Eintritt in die Verhandlung gab der Mitinhaber der Firma Richard Queck eine Darstellung von den Vorkommnissen in seiner Fabrik. Aus den ungewöhnlich in die Länge gezogenen Darlegungen war zu entnehmen, daß der Faktor Baumann der eigentliche Urheber der geplanten Abzüge gewesen. Er (Queck) seihalb darauf in die Schleif

der gar frechen Vernehmen könne absolut keine Rette sein. Schulte habe ganz ruhig und leidenschaftlos gesprochen, trotz der Erregung, in der ich begeisterter Weise alle wegen der geäußerten Ansprüche befunden hätten. Damit war die Beweisaufnahme geschlossen. Sehr der Vorlesende, Wendant Grell (Beisitzer waren Wiedrich und Schönbach) das Urteil des Gerichts verkündete, wachte er nochmals den Bericht, hieß zum Ausstellen eines anderen Zeugnisses zu veranlassen. Hieß erwiderte aber, er wünsche ein Urtheil des Gerichts. Es handele sich nämlich um die Austragung eines Prinzips. Hinter dem Schulte stände nicht allein der Schleiferverein, sondern auch andere Personen (er meint die Sozialdemokratie) die Schulte zur Klage verurteilt hätten. Nach vielen für uns wichtigen Ausführungen verkündete der Vorlesende: "Die Klemm Hieß wird verurtheilt, bis morgen früh 10 Uhr ein Zeugnis auszustellen, in welchem die drei letzten Zeilen (der oben im Sprechdienst hervorgehobene Passus) zu schließen haben. Das Gericht ist nicht der Richter, doch der Arbeitgeber das Recht hat, die Führing eines Arbeiters, wie gefügten, zu kennzeichnen, selbst wenn vielleicht ein gesetztes Gespräch stattgefunden. Wenn ein Arbeitgeber seine Rechte aus einem Arbeitgeberfrage wahre und anderes liege nicht vor, dann habe das mit der Führung durchaus nichts zu thun. Der Gelehrtene habe unter Führung nur das stützende und moralische Betragen verhindern müssen wollen. Sei einer ein Druckfeind oder betrage er sich sonst unsittlich in der Fabrik oder begehe er Dienftath, so würde das unter den Begriff "Führung" zu kennzeichnen sein. Auf jeden unbefangenen Arbeitgeber müsse aber das "Zeugnis" den Eindruck machen, als ob Schulte sich habe was zu Schulden kommen lassen, was geeignet gewesen sei, denselben in eine ungünstige Richtung zu stellen. Das sei, ganz abgesehen von der eiblichen Aussage des Bergers, durchaus nicht der Fall. Die Firma müsste deshalb unter Auferlegung der Kosten verurtheilt werden.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. & W. Dies' Verlag) ist soeben das 38. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Und beim Inhalt heben wir hervor: Eine terenzische Komödie. — Staatsstreit und politischer Menschenstreit. Von Parvus. 8. Die allgemeine Wehrpflicht. 9. Die Disziplin. 10. Volk und Militär während eines Staatsstreits. 11. Die Organisation des römischen Widerstandes. — Etwas Nächteleits-Doctrin. Von Eduard Bernstein. — Der beste Weg zur Bejettigung des Sweating Systems. Von Beatrice Webb. Autorisierte Uebersetzung von Helene Simon. — Kleine Briefe. — Revue der Steinen. — Notizen: Die Gewerkschaftsbewegung unter den Schreibern in Deutschland. Eine Bahn durch das Meer. — Neuzelleton: Das Ende vom Liebe. Eine Geschichte von Konrad Delman. (Fortsetzung.)

Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften und ihre nächste Aufgabe. Ein Vortrag, mit einem Anhang: „Die Thätigkeit der Beratensleute in der Organisation.“ Von Fr. Höfmann. 1896. Preis 15. 2. Auflage. Erste Auflage in 8 Tagen vergriffen. Kommissions-Verlag von F. Sassenbach, Berlin 4. Die soeben erschienene Broschüre behandelt in streng sachlicher Weise die Notwendigkeit und das Thätigkeitsfeld der gewerkschaftlichen Organisation, sowie die dieselbe beeinflussenden Faktoren, soweit sie bei Beurtheilung über die Zukunft der Gewerkschaften in Frage kommen. Sehr interessant ist das tabellarisch geordnete Zahlenmaterial, mit dem der Verfasser den einzelnen Gewerkschaften den Spiegel ihrer Wirtschaftswelt vorhält. Einem schon längst gefühlten Bedürfnis entspricht der Hinweis auf die Thätigkeit der Beratensleute in der Organisation, der geeignet, weitere Kreise der gewerkschaftlichen Mitglieder zu erzährenen Kampfern für ihre Organisation heranzubilden. Die Broschüre kann als sehr schwierig, wertvolle Arbeit nur dringend empfohlen werden. Der Preis ist ein solch geringer, daß jeder im Stände ist, sich diese zu jeder Belehrung anzuschaffen. — Von dem im selben Berlege erzähleren Buche: Joh. Sassenbach, Die Freimaurerrei, Preis 10. ist soeben die 2. Auflage erschienen. Dieselbe ist ein unverändertes Abbild der 1. Auflage.

Briefkasten.

J. Gera. Gedichte bringen wir überhaupt nicht.
Freiburg i. Br. Ihr Brief folgte, weil über 15 Gramm schwer und unfrankiert, 30. J. Strafbar. Man sollte sich doch immer vor der Abfertigung einen Brief noch einmal anschauen.

Edle Korrespondenzen wurden für meine Nummer zugesandt.

Sehr Beachtung!

Wir ersuchen um strengste Beachtung des Folgenden:

1. Alle Berichte zu müssen mit schwarzer Tinte geschrieben werden.

2. Das Papier ist nur auf einer Seite zu beschreiben. Man seze die Zeilen mindestens 2 Centimeter weit von einander, um Korrekturen dazwischen anbringen zu können und benötige nur schmales (ca. 10 Centimeter breit), leichtes Papier nicht die großen, schweren unschönen Bogen.

3. Man schreibe alle Familien-, Orts- und Straßennamen deutlich.

4. Sede für den Bezirks- oder Anzeigenheil bestimmt Notiz ist so zeitig abzusenden, daß sie, wenn sie in die nächste Nummer aufgenommen sind soll, spätestens am Dienstag Vormittag in unseren Händen ist. Später eintretende Berichte oder sonstige Anzeigen können nicht mehr aufgenommen werden. Auch sind dieselben auf ein besonderes Glück Papier zu schreiben. Auf keinen Fall sind sie auf die Rückseite eines Berichtes zu schreiben, da wir sie sonst wieder abschreiben müssen.

5. Bestellungen sind per Bestellkarte zu bewirken; ist eine solche nicht vorhanden, so sind sie auf besonderem Blatt Papier zu machen. Man sende sie so frühzeitig ab, daß sie spätestens am Dienstag eintreffen.

6. Man vermeide bei allen Berichten, Anzeigen zu, die stets beliebte Eingangsformel: „Gehörte Rebaktion ersuche ich um Aufnahme des Berichts zu“, sondern seze stets nur Ort und Datum voran, weiter nichts.

7. Alle Berichte zu, von Organisationen sind mit dem Stempel zu versehen.

8. Berichte und Anzeigen fasse man kurz.

9. Alle Sendungen sind anstrechend zu frankiren. Briefe über 15 Gr. schwer kosten 20.-

Redaktion und Expedition.

Verbands-Anzeigen.

Zu jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Altona. Montag, 20. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Meier, Hospitalstr. 1.

Bergedorf. Sonnabend, 4. Juli, im Vereinslokal Mitgliederversammlung. Die Mitglieder werden im Interesse der Verwaltungsstelle gebeten, die Versammlungen regelmäßiger als in der letzten Zeit zu besuchen.

Bodenheim. Samstag, 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, in der „Walhalla“, Grenzstr. 5, Mitgliederversammlung. Vortrag. — Die Kollegen werden ersucht, ihre Beiträge zu entrichten, um eine pünktliche Abrechnung beverstetigen zu können.

Coburg. Sonnabend, 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Vortrag über das Unfallversicherungsgeges. — Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß jetzt die Herberge in der Heiligkreuzstraße, frühere „Herberge zur He matz“ ist.

Cottbus. Sonnabend, 4. Juli, Abends, 8 Uhr, außerordentliche Versammlung bei Lieske, Schloßkirchstraße 12. Die Mitgliedsbücher werden ausgegeben.

Erlangen. Samstag, 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Versammlung im Lokal. — Die Besuchanten werden erzählt, ihren Verpflichtungen nachzuhören.

Ellingen. Samstag, 27. Juni, Mitgliederversammlung in den „3 Mohren“. Wahl eines Bevollmächtigten und eines Schriftführers.

Frankfurt a. M. (Alg.) Samstag, 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, im „grünen Wald“ Mitgliederversammlung. Vortrag von Genossen Schwabach über. Sie müssen unsere Wohntungen befreien sein, wenn sie den Bedingungen unserer Wohnung entsprechen sollen? Wahl eines Sicherheitsausschusses.

Frankfurt a. M. (Alg.) Sonntag, 28. Juni, Abends, halb 9 Uhr, im „Auer“, Frankfurter Straße 53, Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Kollege May über „Schulische Wehrinstrumente“. Eröffnung der Ortsverwaltung.

Freiburg i. Br. Samstag, 27. Juni, in der Revolution Schule, Ecke der Belfort- und Moltkestraße, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Schuster über das Deutsche Reichstags. In dieser Versammlung sind sämtliche Mitgliedertafeln zur Abstimmung. — Besucher erzählen wir sämtliche Abstimmungen am 28. Juni, Mittwoch halb 2 Uhr bei Olympia zu erfahren breite Hoffnung.

Göttingen. Am 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung.

Groß. Sonnabend, 27. Juni, Abends. — Briefe Medien der Mitglieder

bücher sind dieselben an die Kolporteur abzugeben. — Die Zeitungen sind nicht mehr wie bisher bei Otto Köhler zu entnehmen, sondern jeden Sonnabend Abend von 8 bis 9 Uhr in Böhlstädt's Lokal, Silberstr.

Grödingen. Donnerstag, den 2. Juli, Abends, 9 Uhr, im Lokal Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Heilbronn. Samstag, 27. Juni, Mitgliederversammlung in der „Rote“. Montag, 29. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Wahl der Delegierten zum Kartell.

Karlsruhe. Samstag, 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Kolonial, Kaiserstr. 13.

Kiel. (Sektion der Metallarbeiter.) Dienstag, 30. Juni, Abends, 8 Uhr, Versammlung im „Centralhallen“, Alte Reihe 8. Vortrag.

Leipzig. Samstag, 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Centralhallen“ am Dienstag Vormittag in unseren Händen ist.

Lichtenwalde. Sonnabend, 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte, Beelitzerstr. 34, Mitgliederversammlung.

Münster. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 30. Juni, Abends, 8 Uhr, Versammlung im „Centralhallen“, Alte Reihe 8. Vortrag.

Nürnberg. Samstag, 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Englischen Garten“. Abrechnung vom Eröffnungsfest.

München. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 28. Juni, Vormittagspunkt 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Verkehrslokal. Vortrag von Genosse Geißbüsch.

Neusalz a. O. Sonnabend, 4. Juli, Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Kugel“. — Die Besuchanten werden ersucht, ihre Beiträge zu entrichten.

Nürnberg. (Sektion der Glasdrucker u. v. d. B.) Samstag, 27. Juni, im Casé Merk kombinierte Mitgliederversammlung. — Samstag, 4. Juli, Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gold. Löwen“. Dötschmannsplatz. — Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von nun an die Versammlungen zu der oben angegebenen Zeit pünktlich beginnen.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. d. B.) Samstag, 4. Juli, Abends, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im „Sammethalle“. — Adressen des Bevollmächtigten: K. Brunner, Heinrichstr. 3, II, bei Kassierer: Heinr. Dies, Langpassie 15.

Ösitzheim. Samstag, 27. Juni, Abends, 8 Uhr, im „gold. Löwen“, Mitglieder-Versammlung. Wahl eines Revisors. Bibliothek.

Pirna. Sonnabend, 27. Juni, Abends, halb 9 Uhr, im „Carolabad“ Bahnhof. — Bibliotheksbücher sind mitzubringen.

Schwäbisch-Gmünd. Samstag, 27. Juni, Abends, 8 Uhr, Monatsversammlung. Die Mitglieder werden aufgefordert, wegen der Quartalsabrechnung die Mitgliedsbücher zur Poststube abzugeben.

Schweinfurt. Sonntag, 28. Juni, Nachm. 2 Uhr, Mitglieder-Versammlung. — Die neuangestellten Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher abzuholen. — Die Besuchanten wollen ihre zukünftigen Beiträge bezahlen.

Stuttgart. (Alg.) Samstag, 27. Juni, Abends, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Hirsch“, Saal II. Mittheilungen der Verwaltung. Berichte. — Da die Quartalsabrechnung versteht, werden die Mitglieder zur Begleichung der Beiträge aufgefordert.

Tiefenbrunn. Vom 27. Juni bis 1. Juli, Mitglieder-Versammlung bei Adolf Müller, Rosenstr. Die Versammlungen finden durchschnittlich alle 14 Tage Sonnabends statt. Nächste Versammlung 27. Juni, Abends, 8 Uhr. — Die Herberge steht bei H. Behre, Lüneburger Platz. — Das Reisegeld wird jetzt Abends von 8—9 Uhr beim Kassierer Wilh. Hart, Rosenauer 8, ausbezahlt.

Witten. Sonntag, 28. Juni, Abends, halb 9 Uhr, Versammlung bei Weizenfeld, Hauptstr. 12. — Zwecks Revision der Bibliothek wird ersucht, die Bücher mitzubringen.

Wülfrath. Sonnabend, 27. Juni, Abends, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Auer“. — Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß das Reisegeld bei K. Anger, Moltkestr. 13, Abends von 8—9 Uhr ausbezahlt wird.

Offizielle Versammlungen.
Mülheim a. S. Sonntag, 28. Juni, Abends, 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung in der „Sängerkaffe“.

Anzeigen.

Der Schreiber Wilhelm Rohr, geb. am 22. Mai 1861 zu 1, eingetragen am 8. Jan. 1895 in Hamm, wird ersucht, seinen Verpflichtungen bei den jüngsten Ortsverwaltung gegenüber aufzufallen.

Ortsverwaltung Hannover.

Rathaus.
Durch einen Sturz vom Dache starb unser Kollege

Georg Feidner,
Former, im Alter von 22 Jahren. Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Sektion der Rothgärtner, Gürtler und Metallarbeiter Nürnberg.

Der Former Maximilian Altmaier wird ersucht, wegen Familienangelegenheiten seine Adresse an E. Schnabel, Pragerstr. 52, Görtsch, gelangen zu lassen.

Wir machen die Kollegen Deutschlands und Österreichs darauf aufmerksam, daß der Schlosser Peter Muschik aus Wien, geb. am 16. April 1877, B. Nr. 115 713, von hier mit Hinterlassung von 15 M. Schulden bei den Verbandskollegen unter ganz gewissen Umständen abgereist ist.

Ortsverwaltung Nedarsulm.

Verloren ging das dänische Mitgliedsbuch des Schlossers Søren Frederiksen, geb. am 15. Mai 1877 zu Sydt., eingetreten zu Karhus am 1. November 1893, B. Nr. 4663. In demselben waren auch dessen Legitimationsscheine enthalten. Es wird ersucht, das Buch aufzuhalten und an Unterzeichneten zu senden.

G. Riedel, Rostock,
Fritz Menterstraße 57.II.

Durch Unterzeichneten zu bezeichnen:

Gewinderechenbücher mit 40 Abbildungen und 36 Tabellen. Preis à M. 1,35; **Gewindelehrer** à 70 M. **Gewindetafel** à 80 M. **Rundtafel** à 65 M. bis M. 2,50, **Hochtafel** à 65 M. bis M. 2, **Schreiblehren** à M. 3,50—11. Außer Vorstehendem liefern ich sämtliche **Metallwerkzeuge** und **fachtechnische Schriften**. Prospekte stehen zu Diensten. Zahlreiche Anreihungen, Gleiszettel werden Bestellungen von Vereinen, Büros und Privaten auf alle Arten **Gutschriftstempel** übernommen. Anfragen müssen mit einer Briefmarke einschließlich zur Beantwortung versehen sein. Briefmarken werden in Zahlung genommen.

Aug. Ros, Giebichenstein a. d. Saale,
Schleifweg 3.

Ein **Giebiger**, welcher auch an der Drehbank bewandert ist, findet dauernde Arbeit.

A. Raum, Giebiger,
Memmingen i. Bohern.

Ein tüchtiger **Teilenhauer** findet dauernde Beschäftigung bei

August Jahn, Teilenhauer,
Saalfeld (Saale).

Jüngerer **Teilenhauer** auf seine Arbeit sofort gesucht.

Joh. Weigert, Coburg.

Zwei tüchtige **Teilenhauer** können sofort eintreten bei

F. Schmitt, Böckingen a. d. Saar.

Wer sofort ein tüchtiger **Teilenhauer** auf große Feilen gesucht.

Wilh. Mühlhaus,
Götten-Barmen.

1 Metalldreher und 1 **Maschinenbauer** für Südamerika und 1 Metalldreher für hier sucht

J. Wagner, Mühlhausen I. Th.,
Burgstraße 6.

Klemmeyer finden dauernde Beschäftigung bei lohnendem Verdienst.

Kallmeyer & Harjes, Gotha.

W. H